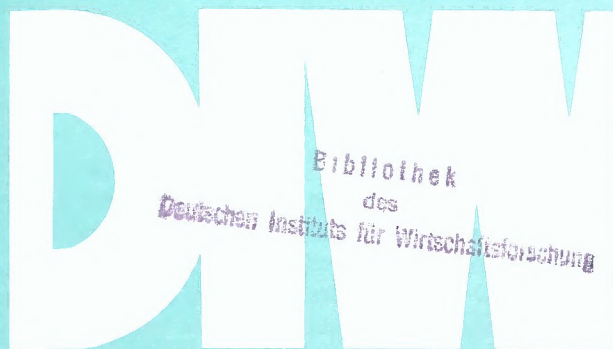




A 22127 G

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Herbst 1990

Die Lage der Weltwirtschaft 605

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland 612

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43·44/90

Berlin

25. Oktober 1990

2. Ex.

57. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1990

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 18. Oktober 1990

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Der Ölpreisschub belastet die Weltwirtschaft in einer Phase konjunktureller Verlangsamung und zunehmender Differenzierung. In den USA sind die Antriebskräfte vor allem infolge der monetären Restriktion bis Mitte vergangenen Jahres weitgehend erlahmt, in Japan hat sich der Aufschwung zügig fortgesetzt, in Westeuropa sind Nachfrage und Produktion in diesem Jahr merklich, aber doch verlangsamt gestiegen. Vor allem in einigen der größeren Volkswirtschaften, wie in Frankreich und in Italien, kam es zu einer gewissen Abflachung. Hingegen hielt in der Bun-

desrepublik Deutschland die kräftige Aufwärtsbewegung unvermindert an, gefördert von den Nachfrageanregungen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Die Kapazitäten blieben in den meisten Industrieländern hoch ausgelastet, und die Beschäftigung nahm — mit Ausnahme der USA — noch merklich zu. Der Preisanstieg setzte sich bis zum Sommer in relativ mäßigem Tempo fort; erst in den letzten Monaten ist es unter dem Einfluß des Erdölpreisschubs zu einer Beschleunigung gekommen. Sowohl das Leistungsbilanzdefizit der USA als auch die Überschüsse Japans und der Bundesrepublik Deutschland waren rückläufig.

Durch die Golfkrise sind neue Risiken für die Weltkonjunktur entstanden. Die allgemeine Verunsicherung zeigt sich nicht zuletzt in den erneuten Kurseinbrüchen auf den Aktienmärkten. Weil je nach dem politisch-militärischen Geschehen am Persischen Golf sehr unterschiedliche Entwicklungen des Ölpreises möglich sind, ist eine Prognose der Weltkonjunktur mit erheblicher zusätzlicher Unsicherheit behaftet. Die Extreme der gegenwärtig möglichen Entwicklung werden durch eine kriegserische Auseinandersetzung mit umfangreichen Zerstörungen von Ölförder- und -transporteinrichtungen auch außerhalb Iraks und Kuwaits auf der einen Seite und durch eine baldige friedliche Lösung auf der anderen Seite gekennzeichnet. Der Ölpreis würde im ersten Fall vermutlich nochmals sehr kräftig steigen, im zweiten dagegen zeitweilig sogar unter das Niveau vor Ausbruch der Krise fallen. Im folgenden wird eine mittlere Variante gewählt: Es wird angenommen, daß die Spannungen über längere Zeit anhalten, ohne daß es zum Krieg kommt. Dann würde sich der Erdölpreis vermutlich aufgrund fortschreitender Anpassungsprozesse auf der Angebots- und der Nachfrageseite wieder ermäßigen, aber schon infolge der fortdauernden Unsicherheit merklich höher bleiben als vor der Golfkrise, wobei erhebliche Schwankungen wahrscheinlich sind. Hier wird für den Jahresdurchschnitt 1991 mit einem Ölpreis von 25 bis 30 Dollar je Barrel (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) gerechnet; dies wären etwa 10 Dollar je Barrel mehr als vor Ausbruch der Krise. Das bedeutet eine beachtliche Umverteilung von Realeinkommen zu Lasten der meisten Industrieländer und vieler Entwicklungsländer. Der Realeinkommensentzug in den Industrieländern entspricht rechnerisch im Mittel 0,5 vH des Bruttosozialprodukts. Dieser primäre Effekt wäre allerdings deutlich geringer als in den früheren Ölpreiskrisen; er war 1980 fast viermal und 1974 sogar fünfmal so groß.

Die Verstärkung des allgemeinen Preisanstiegs in den Industrieländern spiegelt nicht nur die Verteuerung des importierten, sondern auch des aus heimischen Quellen stammenden Öls wider, das im Durchschnitt zwei Fünftel des Bedarfs deckt. Zudem erhöhen sich mit einer gewissen Verzögerung die Preise anderer Energieträger. Die Preise würden allerdings noch mehr steigen, wenn — wie in den beiden früheren Ölpreiskrisen — eine Preis-Lohn-Preis-Spirale ausgelöst würde. Die stabilitätsorientierte Politik führender Zentralbanken in den letzten Jahren sowie die damit erreichte Begrenzung des Preisauftriebs und wohl auch der Inflationserwartungen hat jedoch günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Beschleunigung des Preis- und Kostenauftriebs moderat bleibt. Die Teuerungsraten der privaten Lebenshaltung waren vor dem Ölpreisschub mit durchschnittlich 4 ½ vH etwa halb so hoch wie 1973 und 1979.

In welchem Maße die ölpreisbedingte Umverteilung der Realeinkommen den Nachfrage- und den Produktionsanstieg in den Industrieländern bremst, hängt von den Re-

aktionen der Anbieter, der Nachfrager und der Wirtschaftspolitik ab. Der Realeinkommensentzug wird in den Ölimportländern rasch zu einer Nachfrageminderung führen, während die Ölexportländer ihre Mehreinnahmen erst mit einer gewissen Verzögerung zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrieländer verwenden werden, wenn auch wohl schneller als nach den beiden früheren Ölpreisschüben. Soweit die Ölexportländer ihre Mehreinnahmen zunächst sparen, wird sich dies dämpfend auf das internationale Zinsniveau bemerkbar machen. Belastend auf das Investitionskalkül der Unternehmen und damit die Investitionsneigung wirkt die starke Verteuerung des Kostenfaktors Erdöl, weil entweder die Gewinnspannen sinken oder — soweit die Kostensteigerung überwälzt wird — sich die Absatzaussichten verschlechtern. Insbesondere aber fällt die vergrößerte Unsicherheit über den künftigen Ölpreis und seine Folgen, nicht zuletzt das Risiko restriktiver und uneteter Geldpolitik, ins Gewicht. Indes dürfte der bisher zumeist vergleichsweise mäßige Lohn- und Preisauftrieb stabilisierend auf die Erwartungen wirken. Es wird angenommen, daß die Tarifparteien in den meisten Ländern diese moderate Lohnpolitik fortsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die Wirtschaftspolitik offensichtlich bemüht, Konsolidierung und Stabilisierung fortzuführen und damit einer Entwicklung vorzubeugen, bei der — wie nach den früheren Ölpreisschüben — die Ölverteuerung zum Auslöser einer Sequenz von Inflation, Restriktion und Rezession würde. Alles in allem wird hier mit einer ölpreisbedingten Dämpfung des Nachfrage- und des Produktionsanstiegs in den Industrieländern gerechnet, deren Größenordnung, wegen einer gewissen Verunsicherung der Investoren trotz der Mehrnachfrage aus den Ölexportländern, dem genannten primären Realeinkommensentzug etwa entspricht. Derartige Überlegungen bleiben allerdings mit einem hohen Maß an Ungewißheit, insbesondere auch über die Reaktionen aller Beteiligten, behaftet.

In der Finanzpolitik gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den wichtigeren Industrieländern. In den USA ist es auch nach den mühseligen Haushaltsverhandlungen der letzten Wochen fraglich, ob es gelingt, einen weiteren Anstieg des Budgetdefizits in diesem Fiskaljahr zu verhindern. Hinzu kommt, daß die Höhe der Aufwendungen für die Truppenstationierung in der Golfregion vorerst ungewiß bleibt. Für die Bundesrepublik Deutschland ist mit den Kosten für die wirtschaftliche und soziale Integration der neuen Bundesländer ein zunächst nur schwer kalkulierbarer Ausgabeposten entstanden; für die Jahre 1990 und 1991 zeichnet sich ein sprunghaft steigendes Staatsdefizit ab. In den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften und in Japan werden sich die gesamtstaatlichen Finanzierungssalden wenig ändern.

Die Zentralbanken werden darauf bedacht bleiben, die monetären Überwälzungsspielräume eng zu halten. Gleichwohl dürfte es in den USA bei einem erfolgreichen

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1989	1990	1991	1989	1990	1991
Westdeutschland	8,6	3,9	4,0	2,5	2,8	3,0	4,0
Frankreich	6,8	3,6	2,5	2,0	3,6	3,5	4,0
Italien	6,2	3,2	2,5	2,0	6,3	6,5	7,0
Großbritannien	6,0	2,2	2,0	1,0	7,8	9,5	7,5
Spanien	2,7	4,9	3,5	3,0	6,8	7,0	7,5
Niederlande	1,6	4,3	3,5	2,5	1,1	2,5	3,0
Schweden	1,4	2,1	1,0	0,5	6,4	10,5	10,0
Schweiz	1,3	3,1	2,5	1,5	3,2	5,0	4,5
Belgien	1,1	4,2	3,5	2,5	3,1	3,5	4,0
Österreich	0,9	4,0	4,5	3,5	2,5	3,5	4,0
Finnland	0,8	5,2	2,5	1,0	6,6	6,5	6,0
Dänemark	0,7	1,1	1,5	2,0	4,8	3,0	3,5
Norwegen	0,6	1,2	2,0	2,5	4,6	4,5	4,5
Westeuropa ²⁾	38,7	3,4	2,9	2,0	4,8	5,4	5,5
U S A	37,1	2,5	1,0	1,0	4,8	5,5	5,0
Japan	20,2	4,9	6,0	4,0	2,3	3,0	3,5
Kanada	3,9	3,0	1,5	1,0	5,0	5,0	6,0
Insgesamt ²⁾	100,0	3,4	2,8	2,0	4,3	4,9	4,9
Nachrichtlich: Insgesamt ³⁾		3,4	2,7	2,0	4,4	5,2	5,2

1) Veränderungsraten für 1990 und 1991 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1989. — 3) Gewichtet gemäß Anteilen an der westdeutschen Ausfuhr 1989.

Abschluß der diesjährigen Budgetverhandlungen zu einer leichten Lockerung kommen, zumal sich das Wachstum der Geldmenge bisher mehr im unteren Zielbereich hielt. Die Zinssenkungen werden allerdings in relativ engen Grenzen bleiben, weil sonst der Dollar bei dem voraussichtlich fortgeführten Stabilitätskurs der Geldpolitik in Japan und in den meisten westeuropäischen Ländern unter verstärktem Druck geriete und sich die amerikanischen Importe verteuern würden. Stabilitätspolitische Erwägungen dürften auch für die Einbeziehung des Pfundes in den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems eine Rolle gespielt haben.

Unter den genannten Rahmenbedingungen wird in den USA die Inlandsnachfrage zunächst weiterhin stagnieren, während die Ausfuhr, begünstigt von der niedrigen Bewertung des Dollars, noch zügig steigen wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte auch im Laufe des nächsten Jahres nur sehr verhalten zunehmen. Die monetäre Straffung und die ölpreisbedingte Belastung werden den kräftigen Aufschwung in Japan bremsen und in Westeuropa zu einer weiteren Verlangsamung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung führen.

Das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts der Industrieländer, das im Jahresergebnis 1989 noch annähernd 3 ½ vH betrug, wird 1990 auf knapp 3 vH und 1991 wohl auf 2 vH zurückgehen. Die Auslastung der Kapazi-

täten wird dabei etwas sinken und die Beschäftigung zu- meist nur noch wenig steigen. Der Preisauftrieb dürfte sich im Laufe des nächsten Jahres wieder verringern, nicht zuletzt wegen des hier unterstellten Rückgangs des Ölpreises. Im Jahresdurchschnitt werden jedoch die Verbraucherpreise in den Industrieländern 1991 wie schon 1990 wahrscheinlich um rd. 5 vH höher sein als im jeweiligen Vorjahr.

Die Einfuhr der Industrieländer nimmt konjunkturell ver- langsamt zu. Die Verteuerung des Rohöls beeinträchtigt die Importfähigkeit vieler anderer Länder erheblich. Trotz kräftig steigender Importe der Ölexportländer wird sich daher die Expansion des Welthandels weiter verringern. Die Anstiegsrate dürfte von real 7 vH im Jahre 1989 auf rd. 6 vH im Jahre 1990 und schätzungsweise 4 ½ vH im Jahre 1991 zurückgehen. Mit der konjunkturellen Verlang- samung wird die Gefahr protektionistischer Eingriffe wieder größer. Um so wichtiger wäre ein Erfolg der Uru- guay-Runde, die mit einem Abbau von Handelshem- nissen die Verbesserung der internationalen Arbeitsteil- ung als einer wichtigen Wachstumsbedingung voran- bringen könnte.

Konjunkturelle Flaute in den USA

In den USA hat sich die Konjunktur zunehmend ver- langsamt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im

Sommerhalbjahr nur noch mit einer Jahresrate von knapp 1 vH gestiegen sein. Die Kapazitätsauslastung verringerte sich weiter. Die Beschäftigung nahm nicht mehr zu, und die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Sommerhalbjahr um einen halben Prozentpunkt auf 5,7 vH. Der Preisauftrieb hatte sich auf der Produzentenstufe bis zur Jahresmitte vor allem infolge sinkender Energiepreise beruhigt. Danach führte der Ölpreisanstieg zuletzt zu einer deutlichen Beschleunigung. Auch die private Lebenshaltung verteuerte sich stärker als zuvor; im August wurde das Vorjahresniveau um 5,6 vH überschritten. Das Handelsbilanzdefizit verringerte sich, da die Exporte noch recht zügig ausgeweitet wurden und sich der Importanstieg im Zuge der konjunkturellen Schwäche merklich abflachte; hinzu kam eine Verbesserung der Terms of Trade bis Mitte des Jahres. Auch das Leistungsbilanzdefizit nahm ab; gemessen am Bruttosozialprodukt betrug es im ersten Halbjahr 1990 nur noch 1,6 vH, nach 2,1 vH im Vorjahr.

Die Inlandsnachfrage hat kaum noch expandiert. Der private Konsum stieg wegen der schwachen Einkommensentwicklung nur wenig, obwohl sich die Sparneigung wieder verringerte. Die Unternehmensinvestitionen wurden aufgrund ungünstigerer Absatz- und Ertragserwartungen nicht mehr ausgeweitet. Die Wohnungsbauinvestitionen tendierten sogar rückläufig. Lediglich der Staatsverbrauch hat sich deutlich erhöht.

Die Zentralbank hat seit Jahresanfang die monetäre Lockerung nicht weiter fortgesetzt. Die Geldmenge M2 expandierte im Verlauf des Sommerhalbjahres nur noch mit einer Jahresrate von knapp 4 vH, nach rund 7 vH im Winterhalbjahr. Die kurzfristigen Zinsen sanken nicht mehr. Die langfristigen Sätze stiegen nach dem Ausbruch der Golfkrise um einen halben Prozentpunkt auf etwa 9 %. Der geldpolitische Kurs dürfte nach einem endgültigen Budgetkompromiß gelockert werden.

Im abgelaufenen Fiskaljahr betrug das Defizit im Bundeshaushalt etwa 190 Mrd. Dollar (unter Einschluß der Ausgaben für die Sanierung der Spar- und Darlehenskassen etwa 250 Mrd. Dollar). Das entspricht 3 ½ vH des Bruttosozialprodukts, nach 2 ½ vH im vorangegangenen Jahr. Bezieht man die Budgetsalden der Länder und Gemeinden mit ein, so ergibt sich ein nicht ganz so hohes gesamtstaatliches Defizit. Mit der konjunkturellen Abschwächung verringern sich indes die Überschüsse dieser Gebietskörperschaften deutlich. Durch die für das laufende Fiskaljahr ins Auge gefaßten Konsolidierungsmaßnahmen würde sich das Defizit, das zuvor auf 240 Mrd. Dollar (einschließlich der Ausgaben für die Sanierung der Spar- und Darlehenskassen etwa 300 Mrd. Dollar) geschätzt wurde, um 40 Mrd. Dollar verringern. Noch nicht berücksichtigt sind die aus der Golfkrise resultierenden zusätzlichen Militärausgaben.

Die Inlandsnachfrage wird vorerst kaum noch zunehmen. Die Unternehmensinvestitionen, die in den vergangenen Jahren deutlich rascher als das Bruttosozialprodukt gestiegen waren, werden vorerst wohl stagnieren.

Hierfür sind vor allem gesunkene Gewinne und gedämpfte Absatz- und Ertragsaussichten ausschlaggebend. Der Wohnungsbau dürfte zunächst noch zurückgehen. Die realen verfügbaren Einkommen werden im Laufe des nächsten Jahres bei vermutlich wieder geringerem Preisanstieg etwas stärker zunehmen. Der private Verbrauch dürfte sich dann wieder leicht beleben.

Die Exporte werden von der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsposition der amerikanischen Anbieter begünstigt, die sich im Zuge der deutlichen realen Abwertung des Dollars ergeben hat. Sie werden im weiteren Verlauf noch ausgeweitet werden, wenn auch aufgrund der sich verlangsamenden Auslandskonjunktur in vermindertem Tempo. Der Anstieg der Importe wird moderat verlaufen. Unterstützt wird diese Tendenz durch die Verteuerung der Einfuhr im Gefolge der Abwertung des Dollars.

Das reale Bruttosozialprodukt wird im Jahresdurchschnitt 1990 voraussichtlich um 1 vH expandieren; 1991 wird die Rate nicht höher sein. Im Laufe des Jahres wird es aber wohl nicht zuletzt wegen der monetären Lockerung zu einer leichten Belebung kommen. Das Defizit in der Leistungsbilanz wird sich zunächst aufgrund des Ölpreisanstiegs erhöhen, danach aber wieder abnehmen. Die Teuerungsrate des privaten Verbrauchs dürfte unter der Annahme eines wieder sinkenden Ölpreises im Jahresdurchschnitt 1991 mit etwa 5 vH etwas unter der des Jahres 1990 von 5,5 vH liegen.

Nachlassender Investitionsboom in Japan

Die kräftige Expansion der japanischen Wirtschaft hat sich im Sommerhalbjahr fortgesetzt. Die Inlandsnachfrage nahm trotz der monetären Dämpfungsmaßnahmen unvermindert zu. Triebkraft dieser Entwicklung blieb die Investitionstätigkeit. Nach wie vor gute Absatz- und Renditeerwartungen haben bei den Ausrüstungsinvestitionen die Erhöhung der Kapitalkosten noch überspielt. Die Bauinvestitionen wurden auch von der Erwartung sich weiterhin rasch verteuernder Grundstücke und Bauten stimuliert. Die öffentlichen Investitionen wurden zuletzt ebenfalls kräftig ausgeweitet. Der private Verbrauch expandierte zügig, gestützt von spürbaren Realeinkommenszuwächsen bei merklich höherer Beschäftigung. Die Exporte und die Importe wurden nochmals deutlich ausgeweitet; der Außenbeitrag blieb annähernd gleich. Wegen der mit der Yen-Abwertung verbundenen Verschlechterung der Terms of Trade ging der Leistungsbilanzüberschuß bis zur Jahresmitte nochmals beträchtlich zurück.

Obwohl der höhere Ölpreis noch nicht an die Konsumenten weitergegeben worden ist, hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Spätsommer merklich beschleunigt. Dies veranlaßte die japanische Notenbank Ende August — angesichts hoch ausgelasteter Kapazitäten, zunehmender Verknappungen am Arbeitsmarkt

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1989	1990	1991		1989	1990	1991
Westdeutschland	9,7	3,9	4,0	2,5	9,1	2,7	4,5	3,0
Frankreich	7,7	3,6	2,5	2,0	7,7	3,1	2,5	2,0
Italien	7,0	3,2	2,5	2,0	7,0	3,3	3,0	2,5
Großbritannien	6,8	2,2	2,0	1,0	7,0	3,1	1,0	1,0
Westeuropa ²⁾	31,1	3,3	2,9	1,9	30,9	3,0	2,9	2,2
U S A	41,8	2,5	1,0	1,0	42,3	1,9	0,5	0,5
Japan	22,8	4,9	6,0	4,0	22,4	5,9	6,5	4,0
Kanada	4,0	3,0	1,5	1,0	4,4	4,2	1,5	1,0
Industrieländer ²⁾	100,0	3,3	2,7	2,0	100,0	3,2	2,6	1,8

¹⁾ Veränderungsraten für 1990 und 1991 geschätzt. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1989.

und steigender Lohnstückkosten — ihren geldpolitischen Kurs nochmals zu verschärfen und den Diskontsatz um einen ¾ Prozentpunkt auf nunmehr 6 % heraufzusetzen. Angesichts der konjunkturellen Anspannungen wird sie die geldpolitischen Zügel wohl straff halten. Die Zinsen dürften auf dem erreichten hohen Niveau bleiben.

Die Finanzpolitik ist weiterhin darauf gerichtet, das Defizit im Zentralhaushalt abzubauen. Dabei sollen der staatliche Verbrauch nur geringfügig, die öffentlichen Investitionen allerdings nochmals kräftig zunehmen. Der Finanzierungsüberschuß des staatlichen Sektors insgesamt wird in diesem und im nächsten Jahr etwa 3 vH des Bruttosozialprodukts betragen.

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird die Inlandsnachfrage im nächsten Jahr nicht mehr so kräftig expandieren wie zuvor. Merklich geringer dürften die gewerblichen Investitionen ausgeweitet werden, vor allem aufgrund der deutlich höheren Zinsen. Zudem beeinträchtigen die Unsicherheit in bezug auf die Lage am Golf, die schwächere Weltkonjunktur sowie beschleunigt steigende Lohnstückkosten die Gewinnerwartungen. Die Expansion des privaten Verbrauchs wird leicht gedämpft werden. Zwar werden die Einkommen der privaten Haushalte 1991 kaum schwächer zunehmen als im laufenden Jahr; infolge eines beschleunigten Anstiegs der Verbraucherpreise erhöht sich die Kaufkraft aber in geringerem Maße. Die Ausfuhr wird infolge der verhalteneren Auslandskonjunktur und der jüngsten starken Aufwertung des Yen im nächsten Jahr ebenfalls weniger rasch expandieren. Zugleich verlangsamt sich im Zuge der weniger dynamischen Gesamtnachfrage das Tempo der Importausweitung. Der Leistungsbilanzüberschuß, der sich in diesem Jahr noch einmal deutlich vermindert, wird im nächsten Jahr wohl nicht weiter abgebaut werden.

Der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts wird nach der überaus starken Expansion im ersten Halbjahr

im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr deutlich geringer sein. Im Jahresdurchschnitt wird er 1990 rund 6 vH und 1991 etwa 4 vH betragen. Die Verbraucherpreise werden sich in diesem Jahr um etwa 3 vH, im nächsten Jahr um 3 ½ vH erhöhen.

Verlangsamter Produktionsanstieg in Westeuropa

In Westeuropa hat sich die Zunahme von Nachfrage und Produktion im Sommerhalbjahr etwas verlangsamt. Während der private Verbrauch weiter unverändert lebhaft expandierte, war der Investitionsanstieg nicht mehr so kräftig wie zuvor. Die Beschäftigung nahm weniger rasch zu; die Zahl der Arbeitslosen ging kaum noch zurück. Der Preisauftrieb verringerte sich zunächst bis zum Sommer, danach aber beschleunigte er sich vor allem infolge der verteuerten Ölimporte.

Der Investitionsanstieg ist in einer Reihe von Ländern nicht mehr so ausgeprägt wie zuvor. Die Sachkapazitäten in der Industrie waren zwar nach wie vor hoch ausgelastet, und die Ertragslage war zumeist noch günstig. Steigende Lohnstückkosten haben aber die Ertragserwartungen verschlechtert, und die hohen Zinsen machen Finanzanlagen zunehmend attraktiver. Das hohe Zinsniveau beeinträchtigt auch die Baunachfrage, vor allem im Wohnungsbau; in einer Reihe von Ländern sind die Auftragsbestände aber noch beträchtlich.

Der private Konsum hat sich insgesamt weiter deutlich erhöht, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuvor. Die realen verfügbaren Einkommen nahmen leicht verlangsamt zu, und die Sparquote stieg wohl etwas. Nach wie vor kräftig wurde der Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien und Italien ausgeweitet. In den skandinavischen Ländern dürfte er annähernd stagniert haben. Auch in Großbritannien ist er zuletzt ver-

mutlich kaum noch gestiegen; hier wirken besonders hohe Zinsen bremsend.

Der Export hat seit dem Frühjahr merklich an Schwung verloren. Der innereuropäische Austausch ist deutlich langsamer gewachsen, obwohl er vom deutschen Vereinigungsprozeß erhebliche Impulse erhielt. Die Ausfuhr in Drittländer stagnierte sogar annähernd. Eine wichtige Rolle spielte die aufwertungsbedingte kräftige Verschlechterung der Wettbewerbsposition europäischer Anbieter gegenüber Konkurrenten aus dem Dollar-Raum und aus Japan. Zusätzlich dämpfend wirkte die konjunkturelle Flaute in Nordamerika. In den osteuropäischen Ländern hat der wachsende Mangel an Devisen vermutlich zu einem Rückgang der Importe geführt. Weiterhin zügig expandierte der Absatz in viele Entwicklungsländer, sogar beschleunigt der in die Ölexportländer. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz Westeuropas weist in diesem Jahr erstmals seit längerer Zeit wieder ein Defizit aus; zuletzt hat sie sich infolge der verteuerten Ölimporte erheblich passiviert. In Spanien, Schweden und Finnland vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit weiter, während sich die Aktivierungstendenzen in Großbritannien, Norwegen und Dänemark fortsetzten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nochmals verbessert. Die Beschäftigung nahm weiter zu, doch verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen kaum noch. Weiterhin hoch blieb die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften.

Die Verbraucherpreise stiegen bis zur Jahresmitte insgesamt mäßig. Dämpfend wirkten nicht nur die straffe Geldpolitik, sondern auch die von der Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar ausgehenden Stabilisierungsimpulse. Da der Wettbewerb intensiv blieb, gelang es zumeist nicht, den etwas stärkeren Anstieg der Lohnstückkosten voll zu überwälzen. Die Vertuerung des Erdöls seit August schlug jedoch schnell auf die Konsumentenpreise durch, so daß sich der Preisauftrieb nach der Jahresmitte beschleunigte.

Von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung ist die künftige Ausrichtung der Geldpolitik. Den Zentralbanken ist es mit der Mitte 1988 eingeleiteten stabilitätsorientierten Politik zumeist gelungen, die — bis dahin starke — monetäre Expansion deutlich zu dämpfen. Die Zinsen stiegen bis zum Beginn dieses Jahres. In den folgenden Monaten sanken sie in vielen Ländern zwar etwas, nach der Jahresmitte haben aber der Ölpreisschub und die damit verbundene Verstärkung der Inflationserwartungen wieder zu einer Erhöhung des Zinsniveaus in Westeuropa geführt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die geldpolitischen Zügel nochmals gestrafft werden. Großbritannien hat durch seinen Beitritt zum EWS zunächst sogar einen gewissen Spielraum für Zinssenkungen gewonnen. Kommt es dort aber nicht zu einer spürbaren Dämpfung des Lohn- und Preisanstiegs, so sind entweder ein Realignment oder erneute Zinserhöhungen schließlich unvermeidlich.

Der Kurs der Finanzpolitik bleibt in fast allen Ländern auf Konsolidierung gerichtet. Ziel ist, die Budgetdefizite zumindest im Verhältnis zum Sozialprodukt zu verringern. In den meisten Ländern versucht man, die Expansion der Ausgaben zu verlangsamen, so in jüngster Zeit besonders in Spanien, Italien und Frankreich. Auch werden vereinzelt Steuern und Gebühren erhöht, namentlich in Italien. In Frankreich ist demgegenüber eine weitere Senkung der Unternehmensteuern vorgesehen. Eine Sonderentwicklung weist das Budget der Bundesrepublik Deutschland auf, wo die hohen Transfers in die neuen Bundesländer das Defizit kräftig steigen lassen. Abgesehen hiervon werden 1991 von der Finanzpolitik in Westeuropa aber keine konjunkturellen Anstöße ausgehen.

In Westeuropa sind die Bedingungen für einen weiteren Anstieg von Nachfrage und Produktion besser als bei den beiden vorangegangenen Ölpreisschüben. Während der achtziger Jahre wurden die Angebotsbedingungen allgemein verbessert, und damit die Leistungsfähigkeit und die Flexibilität der Produktionsfaktoren. Ferner war der Preisanstieg bis zum Beginn der Golfkrise sehr viel geringer als 1973 und 1979, und schließlich konnten die Energieintensität der Produktion und der Anteil des Öls am Energieverbrauch deutlich reduziert werden. Gleichwohl ist zu erwarten, daß die Produktionsentwicklung bei einem Ölpreis von 25 bis 30 \$ im Jahresdurchschnitt 1991 beeinträchtigt wird. Eine gedämpfte Entwicklung zeichnet sich aber auch ohne die Krise am Golf ab.

Die Unternehmensinvestitionen werden insgesamt deutlich langsamer ausgeweitet werden als in den vergangenen Jahren; die Absatz- und Ertragsaussichten werden nicht so günstig bleiben wie bisher. Der Anstieg der Investitionen im Wohnungsbau wird durch die hohen Zinsen merklich gebremst. Demgegenüber ist in einer Reihe von Ländern eine Steigerung der Investitionen in die staatliche Infrastruktur geplant. Der private Verbrauch dürfte in verringertem Tempo expandieren; denn die Beschäftigung nimmt verlangsamt zu, die Reallohne dürften schwächer steigen, und die hohen Zinsen werden die Konsumneigung dämpfen.

Die Ausfuhr in die übrige Welt wird sich nur sehr verhalten erhöhen. Zum einen wirkt sich die aufwertungsbedingte Verschlechterung der Wettbewerbsposition westeuropäischer Anbieter zunehmend aus. Zum anderen bleibt der Nachfrageanstieg in Nordamerika schwach, und viele erdölimportierende Entwicklungsländer sowie die osteuropäischen Volkswirtschaften werden infolge fehlender Devisen ihre Einfuhren nur wenig steigern können. Lediglich in den Ölexportländern ist eine deutliche Absatzausweitung zu erwarten. Die Einfuhr wird aus konjunkturellen Gründen langsamer expandieren als bisher. Sie erhöht sich aber weiterhin rascher als die Ausfuhr. Der reale Importüberschuß wird folglich weiter steigen.

Die Expansion von Nachfrage und Produktion wird sich im späteren Verlauf dieses Jahres weiter leicht verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 1990 dürfte sich das reale

Bruttosozialprodukt um etwa 3 vH erhöhen. Die Geldpolitik und die Folgen der Energieverteuerung werden das Wirtschaftswachstum 1991 ebenfalls dämpfen; dem stehen die von der Vereinigung Deutschlands auch im kommenden Jahr ausgehenden Impulse entgegen. Insgesamt wird sich der Zuwachs des Bruttosozialprodukts in Westeuropa 1991 auf etwa 2 vH verringern. Die Auslastung der Kapazitäten dürfte sich tendenziell vermindern, und die Beschäftigung wird nur noch wenig zunehmen. Die Verbraucherpreise werden 1991 mit etwa 5 ½ vH geringfügig stärker als in diesem Jahr steigen. Die westeuropäische Leistungsbilanz dürfte mit einem höheren Defizit abschließen.

Kriegsfurcht bestimmt den Ölpreis

Im Vordergrund der Entwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten steht seit Anfang August die drastische Verteuerung von Erdöl. Im Laufe des ersten Halbjahrs war der Preis infolge der anhaltenden Überproduktion im OPEC-Raum deutlich gefallen, bis sich im Juli zunächst mit neuen Beschlüssen zur Produktionsbegrenzung, aber dann auch aufgrund der zunehmenden Spannungen am Persischen Golf eine Wende anbahnte. Mit dem Embargo, das die UN nach der Besetzung Kuwaits durch Irak über die Lieferungen dieser beiden Länder verhängte, fiel deren Ölangebot in Höhe von rd. 8 vH der Weltproduktion aus. Durch die Ausweitung der Förderung in anderen Ländern, insbesondere in Saudi-Arabien, wurde seither der größere Teil davon bereits wieder ausgeglichen. Die Furcht vor weiteren Angebotsausfällen bei Kriegshandlungen löste indes vorsorgliche Käufe aus, so daß sich der Erdölpreis bis Ende September ungefähr verdoppelte.

Bei dem hier angenommenen Weiterschwenen des Golfkonflikts ohne militärische Auseinandersetzungen würde das Streben nach einer weiteren Erhöhung der Vorräte wohl schließlich schwächer und das Angebot an Erdöl allmählich größer werden. Spätestens nach dem Überschreiten der saisonalen Nachfragespitze zu Beginn des nächsten Jahres wäre dann ein deutlicher Rückgang des Preises wahrscheinlich. Bei anhaltenden Spannungen würde er indes wohl erheblich über seinem früheren Niveau bleiben. In dieser Analyse wird er, wie im Überblick dargelegt, mit durchschnittlich 25 bis 30 Dollar je Barrel für die Ölimporte der Industrieländer im Jahre 1991 angesetzt, mit fallender Tendenz im Verlauf.

Rohstoffpreise werden nachgeben

Der Rückgang der Preise auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe, der von der weltweiten Verlangsamung des Konjunkturanstiegs im vergangenen Jahr ausgelöst worden war, hat sich in diesem Jahr nicht fortgesetzt. Vor allem bei einigen wichtigen NE-Metallen führten Produktionsstörungen und die Erwartung von Streiks im nord- und südamerikanischen Bergbau, die die Verarbeiter zu vorsorglichen Eindeckungen veranlaßte, sogar zu einem

Anstieg. Auf einzelnen Märkten, so bei Aluminium, trug hierzu auch der Ausbruch der Golfkrise bei. Die Erhöhung der Preise wurde allerdings bei den auf Dollarbasis gemessenen Notierungen durch die Schwäche der amerikanischen Währung überzeichnet. Umgerechnet in Sonderziehungsrechte stieg das Preisniveau für Industrierohstoffe im Laufe des Sommerhalbjahres nur wenig. Bei der sich abzeichnenden weiteren Abflachung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung wird der Rohstoffverbrauch in nochmals verringertem Tempo zunehmen, und die Verarbeiter werden eine zurückhaltende Vorratspolitik verfolgen, zumal die Zinsen im allgemeinen hoch bleiben. Die Preise der meisten Industrierohstoffe dürften unter diesen Bedingungen bis weit in das kommende Jahr hinein tendenziell nachgeben.

Auf den internationalen Märkten für Nahrungsmittel sind die Preise seit dem Frühjahr überwiegend zurückgegangen. Bei einer Reihe von Nahrungs- und Genußmitteln — so bei Weizen, Zucker, Kaffee und Kakao — besteht Aussicht auf reichliche Ernten; die Preise werden hier wohl auch künftig unter Druck stehen. Demgegenüber wird das Angebot an Futtergetreide, Sojabohnen und anderen Ölsaaten eher knapp sein, so daß mit anziehenden Notierungen zu rechnen ist. Insgesamt wird indes das Preisniveau auf den Märkten für Nahrungs- und Genußmittel wahrscheinlich bis ins nächste Jahr hinein sinken.

Mäßige Ausweitung des Welthandels

Mit der Verlangsamung der Weltkonjunktur hat sich die Expansion des Welthandels bereits seit Mitte 1989 abgeschwächt. Die Tendenz setzte sich in diesem Jahr fort, allerdings verlief die Entwicklung regional differenziert. So steigerten die westeuropäischen Länder ihre Einfuhren noch verhältnismäßig kräftig, die USA dagegen nur mäßig. Da den osteuropäischen Ländern zunehmend die Mittel für die dringend benötigten Importe fehlten, ging ihre Einfuhr im Laufe dieses Jahres offenbar sogar zurück.

Die Ausweitung des Welthandels wird nunmehr auch dadurch gebremst, daß der Anstieg des Ölpreises die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Industrieländern zusätzlich dämpft. Damit werden deren Einfuhren schwächer zunehmen. Stark zu Buche schlägt die Ölverteuerung bei den ölimportierenden Rohstoffländern, deren Produktion vielfach sehr energieintensiv ist. Vor allem aber sind die osteuropäischen Länder betroffen, die bislang den größten Teil ihrer Ölimporte zu Sonderkonditionen von der Sowjetunion bezogen haben und vom nächsten Jahr an das Erdöl zu Weltmarktpreisen und gegen harte Devisen einführen müssen. Hier werden die Importe besonders beeinträchtigt werden. Die erdölexportierenden Länder dagegen werden infolge der erheblichen Zunahme der Exporterlöse ihre Bezüge deutlich steigern. Im Durchschnitt dürfte der Welthandel in diesem Jahr real um etwa 6 vH, im nächsten Jahr um rund 4 ½ vH zunehmen.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche Lage im vereinigten Deutschland ist tief gespalten. In Westdeutschland hat sich die konjunkturelle Expansion in unvermindertem Tempo fortgesetzt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten, die schon ein sehr hohes Niveau erreicht hatte, nahm weiter zu. Die Zahl der Beschäftigten ist beträchtlich gestiegen, und die der Arbeitslosen ist spürbar zurückgegangen, obwohl sich das Arbeitskräfteangebot infolge des Zustroms von Übersiedlern und Aussiedlern erheblich ausgeweitet hat. In Ostdeutschland verstärkte sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli dieses Jahres drastisch. Mit der Einführung der D-Mark wurden die Betriebe dort schlagartig einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der viele zur Einschränkung oder gar Einstellung der Produktion zwingt. Hinzu kommt, daß mit der Abschaffung der zentralen Planung Lieferbeziehungen abrupt abbrechen, die Fertigung also auch aus diesem Grunde ins Stocken geraten ist. Im August erreichte die Industrieproduktion nur noch ungefähr die Hälfte des Vorjahresniveaus. Die Arbeitslosigkeit hat stark zugenommen, die Zahl der Kurzarbeiter ist steil gestiegen, wenn auch zuletzt nicht mehr so schnell wie in den beiden Monaten unmittelbar nach der Verwirklichung der Union.

Die Institute haben in ihrem Gutachten vom Frühjahr diese gesplattene Entwicklung in Deutschland prognostiziert, wenngleich sie sowohl die konjunkturelle Dynamik in Westdeutschland als auch die Schnelligkeit und Tiefe des wirtschaftlichen Niedergangs in Ostdeutschland unterschätzt haben. Das eine hängt mit dem anderen eng zusammen. Anders als in dem Gutachten angenommen, haben die Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland trotz des sprunghaften Anstiegs von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht abgenommen, sondern sie sind sogar gestiegen. Noch vor, besonders aber nach der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland kam es zu kräftigen betrieblich und tarifvertraglich vereinbarten Lohnerhöhungen. Auch wurden die Altersrenten durch gesetzliche Regelungen stark angehoben. Hinzu kam, daß die Umstellung der Konten zu höheren D-Mark-Beständen führte als unterstellt. Die Haushalte verfügten über wesentlich umfangreichere D-Mark-Beträge aus laufenden Einkommen und aus Ersparnissen, als angenommen worden war. Davon wird offenbar ein noch beträchtlich größerer Anteil als erwartet auf Käufe westdeutscher und anderer westlicher Güter verwendet. Insgesamt hat sich in Ostdeutschland die Entwicklung der Einkommen und des Konsums von der der Produktion weitgehend abgekoppelt.

Der Konsumstoß aus Ostdeutschland hat den erwarteten Impuls für die Konjunktur in Westdeutschland somit übertroffen. Unmittelbar schlagen sich die Anregungen im Einzelhandel und vor allem in den Verbrauchsgüterin-

dustrien nieder, mittelbar strahlen sie auf andere Bereiche aus. Sie haben die inländischen Auftriebskräfte verstärkt, die für die fortgesetzte Aufwärtsentwicklung maßgeblich sind.

Der private Verbrauch ist durch die Steuersenkung zu Jahresbeginn beträchtlich angeregt worden; zudem haben vermehrte Beschäftigung von Arbeitskräften und deutlich höhere Tariflohnabschlüsse als im Vorjahr zur Konsumausweitung beigetragen. Die Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten sind verstärkt gesteigert worden. Maßgeblich hierfür waren der nochmals höhere Auslastungsgrad der Kapazitäten sowie günstige Absatzausichten bei Konsumgütern und bei Gütern für Investitionsvorhaben in Ostdeutschland. Die Knappheit an Wohnraum, vor allem bedingt durch die hohe Zahl an Aus- und Übersiedlern und durch die Zunahme der Nachfrage nach größeren Wohnungen und nach Wohneigentum im Zuge mehrjähriger spürbarer Einkommenssteigerungen, und die damit erhöhte Rendite sind für den Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen bestimmend.

Dagegen ist das Ausland als Motor der Konjunktur in Deutschland ausgefallen. Seit ungefähr einem Jahr stagniert die Warenausfuhr tendenziell. Seit einigen Monaten sind die Auftragseingänge aus dem Ausland sogar rückläufig. Darin spiegelt sich vor allem die Abschwächung der konjunkturellen Expansion in wichtigen Partnerländern. Sie ist besonders durch die dämpfenden geldpolitischen Maßnahmen bedingt, zu der sich die Notenbanken veranlaßt sahen, um einer Beschleunigung des Preisauftriebs zu begegnen.

In Westdeutschland hat sich der Anstieg von Preisen und Kosten, namentlich im Vergleich zu früheren hochkonjunkturellen Phasen, nur wenig verstärkt; zuletzt hat freilich die kräftige Erhöhung des Ölpreises einen deutlichen Preisniveausprung bewirkt. Wie im weltwirtschaftlichen Teil des Gutachtens dargelegt, rechnen wir mit einem allmählichen Rückgang des Ölpreises auf ein Niveau, das allerdings beträchtlich über dem vor der Golfkrise liegt. Ebenso wie für die anderen Industrieländer erwarten wir von diesem Ölpreis auch für Deutschland keinen gravierenden dämpfenden Einfluß auf die Konjunktur. Voraussetzung ist freilich, daß die Tarifvertragsparteien den Kaufkraftentzug, den die Verteuerung des Erdöls und der dadurch bedingte allgemeine Preisniveaustieg bedeutet, als unvermeidlich hinnehmen. In einer unangemessenen Reaktion der Tarifparteien, die eine Preis-Lohn-Preis-Spirale auslösen könnte, liegt somit eine Gefahr für die Fortsetzung des Aufschwungs. Eine andere könnte darin bestehen, daß der Ölpreis wesentlich höher ist als hier angenommen. Die inländischen Auftriebskräfte, die die Konjunktur tragen, würden dann beträchtlich geschwächt werden. Reagierte die Geldpolitik auf die Ölverteuerung mit restriktiven Maßnahmen, würde der Druck unnötig verschärft.

Die Konjunktur in Westdeutschland ist ohnehin weniger robust, als es die gegenwärtige Entwicklung von Nachfrage und Produktion anzuzeigen scheint. Die langfristigen Zinsen sind auf ein recht hohes Niveau gestiegen, so daß sich die Finanzierung von Investitionen verteuert und die Attraktivität von Finanzanlagen verbessert hat. Die Geldpolitik ist schon Mitte 1988 von einem expansiven auf einen mittelfristig neutralen, am Wachstum des Produktionspotentials ausgerichteten Kurs eingeschwenkt. Triebkräfte bezieht die Konjunktur vor allem von der Finanzpolitik. Allerdings verebben die konjunkturanregenden Wirkungen der Steuersenkungen vom Jahresbeginn wohl allmählich. Damit zeichnet sich ab, daß Investitionen und Konsum nach und nach an Schwung verlieren. Dem dürften zwar positive Nachfragewirkungen aus Ostdeutschland gegenüberstehen; von der öffentlichen Hand in Westdeutschland sind umfangreiche Finanzmittel für private und öffentliche Haushalte in Ostdeutschland vorgesehen, die allmählich ausgabewirksam werden. Es gibt aber dämpfende Wirkungen bei der Aufbringung der Mittel, sei es bei einer Finanzierung über den Kapitalmarkt, sei es durch Steuerfinanzierung. Das birgt Risiken für die Konjunktur.

Die Währungsumstellung in Ostdeutschland ist, entgegen vielen Befürchtungen, offenbar ohne nachteilige Folgen für den Geldwert gelungen. Nach ersten Schätzungen der Bundesbank ist die Geldmenge M3 im Juli um 14 vH ausgeweitet worden. Dieser Zuwachs ist zwar etwas größer als der relative Beitrag der ostdeutschen Wirtschaft zum gesamtdeutschen Sozialprodukt (ein Zehntel); das ist aber kein Ausmaß, das die Bundesbank zu einer Reduzierung der gesamtdeutschen Geldmenge zwingt.

Nach der Währungsumstellung war allerdings die Liquiditätsversorgung der Betriebe in Ostdeutschland gestört. Infolge von Absatzschwierigkeiten waren viele Betriebe nicht in der Lage, Löhne und Vorleistungen zu bezahlen. Wegen fehlender Sicherheiten haben die privaten Banken vielfach keine Kredite gewährt. Erst als die Treuhandanstalt Bürgschaften für Kredite übernahm, verringerten sich die Liquiditätsprobleme. Wann sie gelöst sein werden, ist nicht abzusehen. Auf keinen Fall ist deren Lösung Aufgabe der Bundesbank, denn die Liquiditätsprobleme beruhen nicht auf einem Mangel an Bankenliquidität, sondern auf der fehlenden Bonität der Betriebe.

Ostdeutsche Wirtschaft in der Umstellungskrise

Viel schneller als noch bei der Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr erwartet, ist die Vereinigung beider Teile Deutschlands vollzogen worden. Mit der Übernahme der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik durch die ehemalige DDR wurde von heute auf morgen die Zentralverwaltungswirtschaft von der Marktwirtschaft abgelöst. Zudem wurde die D-Mark

als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Daß ein solcher Systemwechsel mit enormen Umstellungsschwierigkeiten verbunden sein würde, war erwartet worden, wenn auch nicht in der Schärfe, mit der sie nun zutage treten. Der Absatz heimischer Produkte ist in Ostdeutschland radikal zurückgegangen, aber nicht als Ergebnis einer Schrumpfung der Nachfrage, sondern eines Substitutionsprozesses, bei dem westliche Güter an die Stelle ostdeutscher getreten sind. Zudem haben ostdeutsche Betriebe nach Wegfall der Exportsubventionen erhebliche Absatzeinbußen im Ausland erlitten. Im Ergebnis ist die Industrieproduktion dramatisch zurückgegangen. Aber auch im Handel und im Verkehrsbereich sowie im Baugewerbe gab es kräftige Einbußen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands dürfte in diesem Herbst um etwa ein Viertel niedriger sein als vor einem Jahr.

Das alles hat auch zu einem Beschäftigungseinbruch geführt, der seinen Niederschlag mehr noch als in Arbeitslosigkeit in Kurzarbeit gefunden hat; im September war etwa ein Viertel aller Arbeitnehmer arbeitslos oder in Kurzarbeit. Treffen die Schätzungen zu, nach denen Kurzarbeiter im Durchschnitt nur etwa die Hälfte der normalen Arbeitszeit leisten, gibt es hier eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit.

Der Eindruck, die Umstellungskrise sei Folge der Einführung der Marktwirtschaft, ist vordergründig. Sie ist vielmehr Folge der fundamentalen Mängel des bisherigen Systems in Ostdeutschland: Protektionismus nach außen und innen, Autarkiestreben, Verhinderung des notwendigen Strukturwandels und willkürliche und damit ineffiziente Zuteilung der Ressourcen. Diese marode Wirtschaft ist mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 und damit der Übernahme des Wechselkurses der D-Mark schlagartig der Konkurrenz der Volkswirtschaft der Bundesrepublik und anderer westlicher Länder ausgesetzt worden. Ein solcher Wechselkurs würde selbst Volkswirtschaften, die wesentlich leistungsfähiger sind als die ehemalige DDR, erhebliche Anpassungsschwierigkeiten bereiten.

Die notwendige Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft wird geraume Zeit in Anspruch nehmen. Als mühsam erweisen sich schon die Privatisierung, die Klärung der Eigentumsverhältnisse, die Entflechtung der monopolistischen Betriebe und der Aufbau eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors. Erst recht nicht in kurzer Zeit zu bewältigen sind die Modernisierung der Infrastruktur, der Aufbau einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft, die Entwicklung einer differenzierten Lohnstruktur und die Beseitigung der Umweltlasten. Noch ist nicht abzusehen, wie lange die Umstellungsphase dauern wird. Schließlich ist ein Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nachzuholen, der sich in der Bundesrepublik in mehreren Jahrzehnten vollzogen hat.

Auf kurze Sicht ist die Frage zentral, wann und aufgrund welcher Entwicklungen mit einer Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung gerechnet werden kann.

Von großer Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß die Umstellung nicht von einem kumulativen Prozeß der Nachfrageschrumpfung begleitet ist. Vielmehr sind das Einkommen der privaten Haushalte und die für öffentliche Ausgaben verfügbare Finanzmasse dank der Transfers aus der Bundesrepublik insgesamt nicht gesunken; die Nachfrage in Ostdeutschland ist jetzt nur wenig niedriger als vor einem Jahr. Im Jahr 1991 dürfte sich daran kaum etwas ändern.

Privater Verbrauch zwischen Nachholbedarf und unsicherer Einkommensentwicklung

Nach der Einführung der D-Mark haben die privaten Haushalte von den neuen Kaufmöglichkeiten im großen Umfang und zu Lasten heimischer Produkte Gebrauch gemacht. Nachgefragt wurden dabei nicht nur Gebrauchsgüter, vor allem Kraftfahrzeuge, sondern auch Waren des täglichen Bedarfs. Dabei dürften größere Anschaffungen vielfach durch Auflösung von Ersparnissen finanziert worden sein. Allem Anschein nach ist die Sparneigung der privaten Haushalte in den ersten Monaten nach Einführung der D-Mark drastisch gesunken. Künftig wird die Nachfrage der privaten Haushalte wieder stärker von der Entwicklung der Einkommen bestimmt werden.

Die Lohnerhöhungen dürften wie schon in diesem so auch im nächsten Jahr hoch sein, obwohl die Zahl der Arbeitslosen zweifellos weiter steigen wird. Hier ist unterstellt, daß die Lohnabschußsätze 15 bis 20 vH betragen werden. Dann wären die Löhne je Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1991 rund 30 vH höher als in diesem Jahr. Da aber das Arbeitsvolumen in ähnlichem Umfang zurückgehen dürfte, wird die Lohn- und Gehaltssumme 1991 etwa ebenso groß sein wie im Vorjahr. Zunehmende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit führen zu einem raschen Anstieg der Lohnersatzleistungen. Hinzu kommt, daß Kinder- und Wohngeld, Ausbildungsförderung und andere Leistungen nach westlichem Vorbild eingeführt und die Renten erheblich erhöht werden. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte daher im nächsten Jahr deutlich steigen.

Das Sparverhalten dürfte sich allmählich wieder normalisieren, zumal auch die Verfügbarkeit attraktiver Geldanlageformen die Spartätigkeit fördert. Nimmt somit die Sparneigung zu, werden die Ausgaben für den privaten Verbrauch im nächsten Jahr deutlich schwächer ausgeweitet als 1990. Die Verbraucherpreise dürften sich in der Grundtendenz ähnlich wie in Westdeutschland erhöhen. Ein zusätzlicher Anstieg wird sich jedoch aus der ersten Stufe der Anpassung von Mieten, Verkehrstarifen und Energiepreisen an das marktbestimmte Niveau ergeben.

Aussicht auf mehr Investitionen

Mit dem Zerbrechen der Kommandowirtschaft war die Investitionstätigkeit weitgehend zum Erliegen gekommen.

Die Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen brachte zwar wichtige Voraussetzungen für das Ingangkommen eines neuen Investitionsprozesses. Erst im Zuge der politischen Vereinigung und der Übernahme des Rechtssystems der Bundesrepublik wurde jedoch für Investoren größere Rechtssicherheit geschaffen. Erhebliche Hindernisse ergeben sich aber immer noch aus den unklaren Zuständigkeiten und der Ineffizienz der Verwaltungen, aus der Verzögerung der Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe, und aus ungeklärten Eigentumsverhältnissen und dem damit zusammenhängenden Mangel an verfügbaren Gewerbeflächen. Allmählich dürften sich die Bedingungen aber bessern. Hinzu kommt, daß dringende Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur in Angriff genommen werden. Mit umfangreichen Investitionen in den Bereichen Telekommunikation, Schiene und Straße ist zu rechnen. Alles in allem kann so in nächster Zeit wohl ein deutlicher Anstieg bei den Investitionen erwartet werden.

Aufschwung im Baugewerbe

Der Nachholbedarf ist in allen Baubereichen groß. Daher hängt es vor allem von der Bereitstellung der Finanzierungsmittel, der Lösung rechtlicher und administrativer Probleme und natürlich auch von der Verfügbarkeit an Kapazitäten ab, wieviel in nächster Zukunft gebaut werden wird. In allen Baubereichen dürfte es schon bald zu einer deutlichen Belebung kommen.

Der Neubau von Mietwohnungen ist aufgrund der bisherigen Mietenpolitik, die wohl nur allmählich verändert wird, vorläufig nicht rentabel. Allerdings werden die Modernisierung und die Instandsetzung des Wohnungsbestands Impulse erhalten; hier steht bis 1993 ein Förderprogramm im Umfang von 10 Mrd. DM zur Verfügung. Der Neubau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen dürfte sich mangels ausreichender Finanzierungskraft breiter Bevölkerungsschichten erst allmählich verstärken.

Der Wirtschaftsbau wird auch im kommenden Jahr beträchtliche Anregungen erhalten. So sind mit der Errichtung neuer und der Modernisierung bestehender Produktionsanlagen umfangreiche Baumaßnahmen verbunden. Hinzu kommt die Umsetzung von notwendigen Investitionsvorhaben bei Bahn und Post und in der Energieversorgung.

Auch im Infrastrukturbereich und im Umweltbereich laufen umfangreiche bauwirksame Investitionsprojekte an. Allerdings ist die kommunale Bautätigkeit wegen der unzureichenden Finanzausstattung der Gemeinden, aber auch wegen Ineffizienz der Verwaltung bisher eher verhalten. Das Kreditprogramm für kommunale Investitionen, das mit einem Volumen von 10 Mrd. DM für die Zeit von 1990 bis 1993 ausgestattet ist, wird aber allmählich zu einer spürbaren Ausweitung der Bautätigkeit im nächsten Jahr beitragen. Die private Finanzierung be-

stimmter Investitionen, die öffentlichen Zwecken dienen, scheint angezeigt, um dem dringenden Bedarf in diesem Bereich nachzukommen.

Erneut hoher Importüberschuß

Nachdem es der damaligen DDR im ersten Halbjahr 1990 noch gelungen war, das Niveau ihrer Exporte in die RGW-Länder fast zu halten — wobei von vielen Betrieben Waren zu reduzierten Preisen abgesetzt wurden —, nehmen diese Lieferungen nun stark ab. Sie werden sicherlich auch im nächsten Jahr zurückgehen. Da künftig in konvertierbarer Währung abgerechnet wird, muß erwartet werden, daß sich osteuropäische Abnehmer auf direkte Bezüge aus Westdeutschland und aus westlichen Ländern umstellen. Dies und die allgemein kritische Lage in Osteuropa stellen die Chancen der bisherigen DDR als Drehscheibe für den Osthandel in Frage. Auch die Warenlieferungen nach Westdeutschland und ins westliche Ausland dürften eher noch sinken.

Von der Nachfrage wird zunächst ein noch wachsender Teil durch Einfuhren zu Lasten der heimischen Produktion gedeckt werden. Die Bezüge aus westlichen Ländern, in erster Linie aus Westdeutschland, werden im nächsten Jahr wohl um reichlich ein Drittel höher sein als in diesem. Die Importquote Ostdeutschlands dürfte 1991 bei Konsumgütern fast 50 vH betragen. Abweichend von der allgemeinen Tendenz wird die Entwicklung der Einfuhr aus Osteuropa sein. Nach dem starken Einbruch in diesem Jahr dürften sich die Bezüge im Verlauf des nächsten Jahres allmählich stabilisieren. Der Grund dafür liegt vor allem in den politischen Zusagen an die osteuropäischen Lieferländer, den Marktzugang trotz der Integration Ostdeutschlands in die EG noch für eine Übergangsperiode offen zu halten, vor allem für Agrarprodukte, Stahl und Energieträger.

Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1991

Obwohl die Anpassung an die veränderten Wettbewerbsbedingungen schon zu einem geradezu dramatischen Rückgang der Produktion geführt hat, ist der Tiefpunkt wohl noch nicht erreicht. Eine beträchtliche Anzahl von Betrieben, die jetzt noch durch Liquiditätskredite der Treuhandanstalt und durch die zeitweilige Aussetzung von Konkursregeln am Leben erhalten werden, dürfte in den nächsten Monaten in Konkurs gehen. Wie tief dabei das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung fällt, hängt nicht nur von der Überlebensfähigkeit alter, sondern auch vom Tempo der Entwicklung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten ab. Dabei werden die Unterschiede nach Wirtschaftsbereichen markant sein.

Eine Vielzahl von Argumenten spricht für eine Stabilisierung der Produktion im Verlaufe des nächsten Jahres.

Allgemein wird der Schock des Zusammenbruchs des Wirtschafts- und Regierungssystems abklingen:

- Marktbeziehungen treten mehr und mehr an die Stelle von Planbeziehungen und schaffen neue Kalkulationsgrundlagen für die Unternehmen.
- Kommunale Verwaltungen und Länderverwaltungen werden aufgebaut; das institutionelle Chaos, das die ersten Monate gekennzeichnet hat, endet.
- Die Rechtssicherheit nimmt zu, die rechtsfreien Räume werden abgebaut.

Auch konkrete Verbesserungen der Situation sind zu erwarten:

- Die Privatisierung kommt in Gang. Mit Hilfe westlicher Kooperationspartner gelingt es mehr und mehr Unternehmen, ihre Produkte in Qualität und Aufmachung westlichen Standards anzupassen.
- In der Industrie geht der Prozeß des durch die Umstellung bedingten Ausscheidens von Unternehmen, die nicht im Wettbewerb bestehen können, zu Ende.
- In der Bauwirtschaft beginnen die öffentlichen Ausgabenprogramme zu greifen, schon vor der Jahreswende setzt eine Belebung der Nachfrage ein.
- Handel und Dienstleistungsbereich erhöhen ihr Angebot und bauen die vorhandenen Strukturen aus.
- Die Landwirtschaft wird nach den gegenwärtig noch großen Umstellungsschwierigkeiten im kommenden Jahr in die Phase der Konsolidierung eintreten. Die Marktstützungsmechanismen und die finanzpolitische Absicherung der Umstellungsprozesse beginnen dann wirksam zu werden.
- Handwerk und Kleingewerbe beginnen, die Lücken im Waren- und im Dienstleistungsangebot zu schließen. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen zeigt, daß hier durchaus ein Potential an unternehmerischer Risikobereitschaft vorhanden ist.
- Im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich beginnen die großen Investitionsvorhaben westlicher Anbieter zu greifen.

Wann und auf welchem Niveau der Tiefpunkt erreicht wird, ist außerordentlich schwierig abzuschätzen. Im Rahmen der hier vorgelegten Überlegungen ist der Wendepunkt etwa im Sommer des nächsten Jahres zu erwarten. Das reale Bruttosozialprodukt Ostdeutschlands wird dabei beträchtlich unter dem — schon niedrigen — Niveau von 1990 liegen.

Selbst wenn es im nächsten Jahr zu einer gewissen Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung kommt, ist damit keineswegs gesichert, daß danach ein rasanter Aufschwung in den neuen Bundesländern einsetzt. Denn es gibt in Ostdeutschland viele Hemmnisse, die dem entgegenstehen.

Eine Volkswirtschaft, die sich in einer derart tiefgreifenden Strukturkrise befindet, kann zunächst nicht aus ei-

gener Kraft das Kapital mobilisieren, das zur Modernisierung alter und zur Schaffung neuer Produktionsanlagen erforderlich ist. Nur ein kräftiger Anschub von außen kann in dieser Situation helfen.

Viele haben darauf gesetzt, daß ein Investitionsschub aus dem Westen schon rasch nach der Union zum 1. Juli einsetzen würde, sahen sie doch in dem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau in Ostdeutschland einen entscheidenden Standortvorteil gegenüber Westdeutschland und anderen Hochlohnregionen. Offensichtlich stehen dem niedrigen Lohnniveau aber vielfältige Standortnachteile in Ostdeutschland gegenüber. Zudem wäre das Lohnniveau nur dann ein ausschlaggebender Anreiz für Direktinvestitionen, wenn die Investoren damit rechnen könnten, daß sie für längere Zeit hochproduktives Kapital mit billiger Arbeit kombinieren können, also einen lohnkostenbedingten Wettbewerbsvorteil gegenüber Regionen hätten, in denen das Lohnniveau dem Produktivitätsniveau entspricht, das der Einsatz des Kapitals ermöglicht. In Ostdeutschland hat es bereits sehr früh Anzeichen gegeben, die deutlich gemacht haben, daß Investoren mit einer langen Phase des Zurückbleibens der Löhne nicht rechnen können. Die Investoren müssen deshalb ihre Investitionspläne auf andere Vorteile ausrichten, die Ostdeutschland als Produktionsstandort bieten kann. Dies bedarf aber eines längeren Suchprozesses. Der Aufstieg aus der Talsohle könnte daher weniger rasch verlaufen.

In dieser Prognose ist unterstellt, daß im kommenden Jahr private Direktinvestitionen in Höhe von etwa 15 Mrd. DM in Ostdeutschland vorgenommen werden, nach 5 Mrd. in diesem Jahr. Im nächsten Jahr sind das über 20 vH der gesamten privaten und öffentlichen Investitionssumme. Eine solche Größenordnung läßt sich untermauern durch die Zusammenfassung der wichtigsten bekannten öffentlichen und privaten Investitionsprojekte westdeutscher Unternehmen in Ostdeutschland.

Drastischer Rückgang der Beschäftigung

Die fortgesetzte Anpassung der Produktion an die veränderten Wettbewerbsverhältnisse wird zu einem weiteren erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen führen; dabei werden auch die mittelfristig wettbewerbsfähigen Unternehmen ihre zumeist überhöhten Belegschaftszahlen nochmals verkleinern müssen. Zudem werden im staatlichen Sektor in beträchtlichem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt. Zwar entsteht auf der anderen Seite auch ein Potential an neuen Arbeitsplätzen, wie die wachsende Zahl von Gewerbeanmeldungen zeigt; doch ist es noch relativ klein. Wenn sich die Produktion, wie hier erwartet, etwa zur Jahresmitte 1991 stabilisiert, dürfte das für die Zahl der Beschäftigten erst Ende nächsten Jahres gelten. Sie wird dann wohl um rund 3 Millionen oder etwa ein Drittel niedriger sein als zu Beginn des Jahres 1990.

Eine gewisse Entlastung erfährt der Arbeitsmarkt Ostdeutschlands dadurch, daß sich Arbeitskräfte zurückziehen. So dürften viele, denen Arbeitslosigkeit droht, von der Möglichkeit Gebrauch machen, bereits mit 57 Jahren Rente zu beziehen. Auch dürfte die Zahl der arbeitenden Rentner deutlich zurückgehen, und viele Menschen werden in Westdeutschland eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Es wird hier angenommen, daß im Durchschnitt des Jahres 1991 die Zahl der Auspendler 350 000 bis 400 000 (1990: rund 120 000) betragen wird. Trotz solcher Entlastungen wird die Arbeitslosigkeit erheblich zunehmen. Auf dem Höhepunkt dürfte die Zahl der Arbeitslosen 1,7 Millionen betragen. Die Zahl der Kurzarbeiter wird im kommenden Winterhalbjahr etwa 2 Millionen erreichen.

Die für 1991 angenommene — an anderer Stelle dargestellte — Lohnentwicklung trägt der Notwendigkeit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe keineswegs Rechnung. Bereits im bisherigen Verlauf des Jahres 1990 sind die Löhne zum Teil sehr kräftig angehoben worden. Dabei wurden vielfach Sockelbeträge vereinbart, so daß die ohnehin geringe Lohndifferenzierung weiter abgenommen hat. Das Lohnniveau wird Ende 1991 etwa 50 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht haben. Das dazu passende Produktivitätsniveau wird sich letztlich durch eine starke Reduktion der Beschäftigung herausbilden.

Westdeutsche Konjunktur 1991: Aufwärtsentwicklung unter erhöhten Risiken

In Westdeutschland wird sich die kräftige Aufwärtsentwicklung von Produktion und Nachfrage auch 1991 fortsetzen. Beträchtliche Impulse gehen dabei von der Vorliebe ostdeutscher Konsumenten und Investoren für westliche Güter und Dienstleistungen aus. Der dadurch induzierte Nachfrageschub, zu dessen Alimentierung die Finanzpolitik beiträgt, überspielt dabei zum Teil eine von endogenen und exogenen Faktoren angelegte konjunkturelle Abschwächung. Tendenziell dämpfende Effekte werden nämlich von der verhalteneren Expansion der Auslandsnachfrage, hohen Zinsen und einem beschleunigten Preis- und Kostenauftrieb ausgehen. Die zurückliegende Phase der geldpolitischen Verschärfung wirkt noch einige Zeit nach. Über die Entwicklung der Weltwirtschaft und der den internen Wachstumsprozeß in Westdeutschland bestimmenden Faktoren besteht aber teilweise große Unsicherheit, die die Prognoserisiken erhöht.

Konjunkturelle Gefahren durch Ölverteuerung?

Zu den retardierenden Faktoren zählt die Abschwächung der Weltkonjunktur. Ohne die Mehrnachfrage aus Ostdeutschland würde die westdeutsche Wirtschaft we-

Eckdaten der Prognose für Westdeutschland

	1989	1990	1991	1989	1990	1991
	Absolute Werte			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Bruttosozialprodukt, real ¹⁾ (Mrd.DM)	1 766,0	1 838,0	1 885,0	3,9	4,0	2,5
Inlandsnachfrage, real ¹⁾ (Mrd.DM)	1 693,4	1 768,5	1 819,0	2,7	4,5	3,0
Gesamtnachfrage, real ¹⁾²⁾ (Mrd.DM)	2 342,5	2 472,5	2 578,0	5,0	5,5	4,5
Erwerbstätige ³⁾ (1 000 Personen)	27 635	28 320	28 800	1,4	2,5	1,5
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 038	1 900	2 000	.	.	.
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (vH)	7,6	7,0	7,0	.	.	.
Verbraucherpreise ⁵⁾	.	.	.	3,2	2,5	4,0

1) Preisbasis 1980 = 100. — 2) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 3) Erwerbstätige im Inland. — 4) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — 5) Preisindex des privaten Verbrauchs.

Quellen: 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und Berechnungen der beteiligten Institute; 1990 und 1991 Prognose der beteiligten Institute. Prognostizierte Werte gerundet.

sentlich fühlbarer von der abflauenden Weltkonjunktur betroffen sein. Gleichwohl bestehen beträchtliche Risiken im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Golfkrise und ihrem Einfluß auf die Ölpreisentwicklung. Die Möglichkeiten der heimischen Wirtschaft, eine Erhöhung des Erdölpreises ohne gravierende Friktionen zu absorbieren, haben sich aber gegenüber früheren Ölpreiskrisen verbessert: So hat sich die Ölintensität der gesamtwirtschaftlichen Produktion aufgrund von Energieeinsparungen und Substitution von Mineralölprodukten durch andere Energieträger in den 80er Jahren deutlich verringert. Ein bestimmter Anstieg des Ölpreises führt somit zu einem geringeren Realeinkommensentzug, als er in früheren Phasen steigender Energiepreise zu beobachten war. Zudem trifft der Ölpreisschub auf einen moderaten binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb, der schon seit einiger Zeit von einer stabilitätsorientierten Geldpolitik der Bundesbank begleitet wird. Dies verringert die Gefahr, daß steigende Energiepreise einen Prozeß der inflatorischen Selbstverstärkung auslösen. Hinzu kommt, daß die westdeutsche Wirtschaft aufgrund ihrer Exportstruktur in besonderem Maße von einer Mehrnachfrage der Ölexportländer profitieren dürfte. Soweit diese Länder ihre Mehreinnahmen zunächst auf den Finanzmärkten anlegen, geht hiervon ein Druck auf das internationale Zinsniveau aus, der auch auf den deutschen Kapitalmarkt ausstrahlt.

Konflikt zwischen Lohn- und Geldpolitik?

Nicht ausschließen läßt sich, daß der ölpreisbedingte Anstieg der Lebenshaltungskosten zum Anlaß erhöhter Lohnforderungen genommen wird. Das Risiko des Ingangsetzens einer inflatorischen Preis-Lohn-Preis-Spirale würde dabei durch eine etwaige Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zur Finanzierung der deutschen Einheit noch vergrößert. Die rasche Preisüberwälzung derartiger Steuererhöhungen könnte die Forderung nach „kompensierenden“ Lohnanhebungen verstärken. Eine solche

Lohnpolitik würde aller Erfahrung nach die Geldpolitik zu restriktivem Gegensteuern veranlassen. Bei einem solchen Konflikt könnten enorme Risiken für die weitere konjunkturelle Aufwärtsentwicklung entstehen, insbesondere für die Zeit nach 1991. Gegen das Zustandekommen einer stabilitätswidrigen Lohnpolitik spricht allerdings der Druck, der aufgrund des engen Verbundes zwischen beiden deutschen Arbeitsmärkten von der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern auf die westdeutschen Tarifverhandlungen ausgehen dürfte. Die konjunkturellen Abschwächungstendenzen würden sich aber auch dann verstärken, wenn die Geldpolitik auf eine ölpreis- oder steuerbedingte Anhebung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus mit monetären Restriktionen reagieren würde. Die ölpreisbedingte Dämpfung des Anstiegs der realen Geldmenge würde in konjunkturell schädlicher Weise zusätzlich verstärkt.

Konjunkturelle Risiken durch hohes Staatsdefizit?

Gegenwärtig besteht noch Unsicherheit über wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen, da ein Kabinettsbeschluß über die Eckwerte des gesamtdeutschen Haushalts 1991 und die Finanzplanung bis 1994 noch aussteht. Bei der hier unterstellten Entwicklung in Ostdeutschland werden aber beträchtliche Finanzhilfen zur Steigerung der Wirtschaftskraft und zur Bewältigung der sozialen Übergangsprobleme in den neuen Bundesländern anfallen, die die staatliche Nettokreditaufnahme kräftig steigen lassen. Der davon ausgehende Impuls strahlt auf die westdeutsche Region zurück. Damit werden von der Finanzpolitik auch im nächsten Jahr beachtliche expansive Anstöße ausgehen.

Die Gefahr einer aus diesen Anstößen resultierenden Überbeanspruchung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials schätzen wir für 1991 als verhältnismäßig gering ein. Einerseits wirken dem gleichzeitig nachfrage-dämpfende Faktoren entgegen, andererseits ist die Ange-

botselastizität insbesondere deshalb recht hoch, weil bei niedrigerer Kapazitätsauslastung in anderen Ländern Waren und Dienstleistungen verstärkt importiert werden.

Die Ausweitung der Staatsschulden wirkt allerdings tendenziell zinstreibend. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Vertrauen der Anleger in den Kurs der Finanz- und Wirtschaftspolitik geschwächt wird und sich die Konsolidierungsphase der ostdeutschen Wirtschaft in die Länge zieht. Ein solches Risiko ist indes um so geringer, je rascher es der Wirtschaftspolitik gelingt, ein glaubwürdiges Konzept zur mittelfristigen Begrenzung der öffentlichen Ausgaben und zur Rückführung des Staatsdefizits, das eine wachstumspolitisch sinnvolle Mittelverwendung einschließt, vorzulegen.

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die Expansion des Welthandels schwächt sich weiter ab.
- Der Ölpreis bleibt im Durchschnitt des Jahres 1991 zwischen 25 bis 30 US-Dollar pro Barrel. Dies bedeutet im Verlauf des nächsten Jahres einen Rückgang des Ölpreises.
- Die Neuabschlüsse bei den Tarifverhandlungen werden 1991 nicht wesentlich höher ausfallen als 1990.
- Die Geldpolitik hält ihren potentialorientierten Kurs im nächsten Jahr weiter ein.
- Für die Finanzpolitik im nächsten Jahr werden weder Steuererhöhungen unterstellt, noch Ausgabenkürzungen, die über die beschlossenen Maßnahmen hinausgehen. Es werden Beschlüsse zu Ausgabenkürzungen auf mittlere Sicht gefaßt.
- Das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt und der reale Außenwert der D-Mark verändern sich nicht nennenswert.

Bei diesen Annahmen kann in Westdeutschland mit einer sich fortsetzenden Aufwärtsentwicklung von Produktion und Nachfrage gerechnet werden. Gleichwohl werden sich konjunkturelle Schwächetendenzen bemerkbar machen.

Nachfrageschub aus Ostdeutschland stützt Ausfuhr

Infolge der Abkühlung der Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern der Bundesrepublik wird die Nachfrage nach deutschen Produkten nur mäßig expandieren. In den westeuropäischen Nachbarstaaten bleibt die konjunkturelle Grundtendenz zwar aufwärtsgerichtet, aber vor allem die Investitionen werden deutlich langsamer ausgeweitet als in den Vorjahren. Die besondere Begünstigung westdeutscher Exporteure durch den bisherigen

europäischen Investitionsboom setzt sich also nicht fort. Schon im Verlauf dieses Jahres hatten sich hier Schwächetendenzen gezeigt. In den USA bremsen neben der dortigen Konjunkturflaute auch der hohe Außenwert der D-Mark gegenüber dem Dollar die Nachfrage nach deutschen Waren. Die ehemaligen Staatshandelsländer und viele ölimportierende Entwicklungsländer müssen einen erheblich größeren Teil ihrer Exporterlöse für Energieimporte aufwenden, so daß sie ihre Einfuhren aus den Industrieländern drosseln werden.

In der Abgrenzung des Spezialhandels — also ohne den innerdeutschen Handel — dürfte der Anstieg der westdeutschen Ausfuhren nur etwa 3 ½ vH betragen. Wesentlich günstiger stellt sich die Exportentwicklung Westdeutschlands dar, wenn man — der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechend — die Lieferungen nach Ostdeutschland einbezieht. Der kräftige Nachfragesog aus den neuen Bundesländern wird sich, wie schon in diesem Jahr zu beobachten, zunächst weiter auf Konsumgüter konzentrieren. Im kommenden Jahr werden aber auch zunehmend Investitionsgüter bezogen. Die von Ostdeutschland nachgefragte Produktpalette gewinnt so mit der Stabilisierung der Produktion an Breite. Insgesamt werden die Warenexporte Westdeutschlands im nächsten Jahr real um 8 vH über dem Niveau dieses Jahres liegen.

Investitionsboom schwächt sich ab

Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern bleibt weiter klar aufwärtsgerichtet. Die hohe Kapazitätsauslastung, die relativ günstigen Ertragsperspektiven und die sich neu eröffnenden Marktchancen in Ostdeutschland stützen die Investitionsneigung der Unternehmen in Westdeutschland. Allerdings dürfte die Zuwachsrate der Investitionen deutlich hinter der in diesem Jahr zurückbleiben. Das liegt zum einen an dem erreichten hohen Niveau der Investitionstätigkeit selbst, zum anderen aber an retardierenden Einflüssen, die zunehmend spürbar werden.

Trotz weiterhin starker Ausweitung der Nachfrage aus Ostdeutschland nimmt das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion ab; dies dämpft die Absatzerwartungen. Auch von der Kostenseite her gerät das Investitionskalkül unter Druck: Die Energiekosten sind höher, die Lohnkosten steigen verstärkt, eine Überwälzung auf die Preise dürfte nicht mehr voll gelingen. Schließlich ist die Attraktivität von Finanzanlagen bei den höheren Zinsen größer.

Hohe Zinsen und Baupreise dämpfen Baunachfrage

Die westdeutsche Baukonjunktur scheint auf eine konjunkturelle Überhitzungsphase zuzusteuern. Arbeitskräftemangel und merklich anziehende Baupreise sind Indi-

katoren dafür. Im kommenden Jahr wird die Baukonjunktur zwar noch einmal kräftig zulegen, doch sind Schwächetendenzen in einigen Sparten vorgezeichnet. Das hohe Zinsniveau wird insbesondere im Wohnungsbau Spuren hinterlassen. Der durchschnittliche Zinssatz für Hypothekarkredite lag im Sommer dieses Jahres um 2 Prozentpunkte über dem Vorjahrsniveau. Die Nachfrage im Einfamilienhausbau geht schon jetzt deutlich zurück. Da aber sowohl der Geschoßwohnungsbau als auch die Bestandspflege weiterhin kräftig expandieren dürften, kann im Jahr 1991 noch mit einem Zuwachs der Wohnungsbauinvestitionen von 5 vH gerechnet werden (1990: 7 ½ vH). Die Nachfrageausweitung im Wirtschaftsbau wird aufgrund der nachlassenden Schwungkraft der Investitionskonjunktur ebenfalls etwas an Tempo verlieren. Im öffentlichen Bau dürften sich Bund und Länder bei ihren Investitionen im Westen der Bundesrepublik zugunsten Ostdeutschlands zurückhalten. Insgesamt wird sich der Anstieg der Bauproduktion nach 5½ vH in diesem Jahr auf 3½ vH im nächsten Jahr abschwächen.

Abflauende Verbrauchskonjunktur

Die westdeutsche Verbrauchskonjunktur wird 1991 merklich an Schwung verlieren. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme in Westdeutschland dürfte mit 6 ½ vH schwächer als im Jahr 1990 steigen, vor allem da die Zahl der beschäftigten Westdeutschen weit schwächer steigt als in diesem Jahr. Eine Rolle spielt dabei die große Zahl von Pendlern aus Ostdeutschland. Ihr Einkommen wird — der Konvention der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung folgend — dem Bruttosozialprodukt Ostdeutschlands zugerechnet. Vor allem wegen der wieder voll greifenden Steuerprogression wird sich der Zuwachs des verfügbaren Einkommens abflachen. Die übertragenen Einkommen werden mit 5 vH etwas weniger expandieren als 1990. Zusammengenommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5 ½ vH zunehmen, nach 8 vH in diesem Jahr.

Infolge des beschleunigten Preisauftriebs werden die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nur um 1 ½ vH zunehmen (1990: 5 ½ vH). Die Haushalte werden ihre Ausgabenpläne an die veränderte Realeinkommensentwicklung allerdings verzögert anpassen, also ihre Sparquote trotz des hohen Zinsniveaus etwas senken. Alles in allem zeichnet sich für den privaten Verbrauch im nächsten Jahr ein Zuwachs von nur noch 2 ½ vH ab (1990: 4 ½ vH).

Starker Importsog bei hoher Kapazitätsauslastung

Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung wird die deutsche Wirtschaft auch im kommenden Jahr in erheblichem Maße auf Ressourcen des Auslandes zurück-

greifen. Die Wareneinfuhr wird um etwa 8 vH steigen. Dabei sind, wie schon 1990, Fertigwaren-Enderzeugnisse und Güter der Ernährungswirtschaft besonders gefragt. Ein erheblicher Teil dieser Güter dürfte „Durchfuhr“ aus westlichen Industrieländern über Westdeutschland nach Ostdeutschland sein. Die Einfuhr von Investitionsgütern nimmt angesichts der langen Lieferfristen westdeutscher Hersteller weiterhin deutlich zu.

Die Dienstleistungseinfuhren werden kräftig steigen, weil viele ostdeutsche Pendlern auf den westdeutschen Arbeitsmarkt drängen. Aufgrund des Einkommens der Pendlern bleibt der Zuwachs des Sozialprodukts um fast einen halben Prozentpunkt niedriger als der des Inlandsprodukts, das um 3 vH zunehmen wird.

Spürbare Verstärkung des Preisauftriebs

Unter der hier getroffenen Annahme zur Ölpreisentwicklung sind im Verlauf des kommenden Jahres sinkende Preise für Heizöl und Kraftstoffe zu erwarten. Der von der Binnenwirtschaft her angelegte Preisauftrieb dürfte sich allerdings verstärken. Die Lohnstückkosten werden in der Gesamtwirtschaft etwas stärker steigen als 1990, vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Die Knappheit von Wohnraum wird sich in einem beschleunigten Anstieg der Mieten niederschlagen. Die Lebenshaltung der Haushalte dürfte sich 1991 sowohl im Verlauf als auch im Vorjahresvergleich um rund 4 vH verteuern. Selbst wenn die Preise von Mineralölprodukten im Jahresverlauf in dem hier unterstellten Maße sinken, werden sie im Jahresdurchschnitt deutlich höher liegen als 1990. Diese Verteuerung schlägt sich im Gesamtindex der Lebenshaltung mit etwa einem halben Prozentpunkt nieder.

Weiterhin kräftige Zunahme der Beschäftigung, aber steigende Arbeitslosigkeit

Die im kommenden Jahr auf dem bisherigen Gebiet der Bundesrepublik zu erwartende Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird auch den Nachfrageboom auf dem Arbeitsmarkt dämpfen. Dennoch wird die Beschäftigung merklich ausgeweitet; im Verlauf des Jahres werden rund 500 000 Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden. Trotzdem dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf von 1991 leicht steigen und im Jahresdurchschnitt rund 2 Millionen betragen. Zum einen drängt im kommenden Jahr eine große Zahl von Aussiedlern nach dem Abschluß von sprachlichen und fachlichen Ausbildungen auf den Arbeitsmarkt, zum anderen werden verstärkt Pendlern aus Ostdeutschland in den westdeutschen Arbeitsmarkt integriert. Hierfür sprechen sowohl das Lohngefälle als auch die unterschiedlichen Beschäftigungsmöglichkeiten in beiden Regionen Deutschlands.

Diese Entwicklung darf aber nicht einseitig als „Belastung“ des westdeutschen Arbeitsmarktes gedeutet

werden. Die westdeutschen Unternehmen können auf ein zusätzliches Angebot an qualifizierten Arbeitskräften zurückgreifen. Damit verringert sich zumindest in Teilbereichen der Wirtschaft die Gefahr, daß sich Arbeit als limitierender Faktor für die im nächsten Jahr noch kräftige Produktionsausweitung erweisen könnte. Zugleich verbreitern sich die Beschäftigungschancen durch die Schaffung komplementärer Arbeitsplätze. Im gesamtdeutschen Zusammenhang ist die Pendlerbewegung ohnehin als Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes gegenzubuchen.

Produktionsanstieg läßt nach

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird 1991 im westlichen Teil Deutschlands trotz der Hemmnisse, die von der Verteuerung des Öls und einer schwächer wachsenden Weltwirtschaft zu erwarten sind, weiter expandieren. Eine beträchtliche zusätzliche Nachfrage dürfte von Ostdeutschland ausgehen, wenn auch in geringerem Maße als 1990. Das Wachstumstempo wird sich nach 4 vH in diesem Jahr auf etwa 3 vH verlangsamen. Die Zunahme könnte damit dem Potentialwachstum entsprechen. Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten dürfte also unverändert hoch bleiben.

Gesamtdeutscher Staatshaushalt mit hohen Finanzierungsdefiziten

Die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland und in Ostdeutschland stehen im Zeichen der fiskalischen Folgen des Einigungsprozesses.

Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Westdeutschland ist geprägt von den hohen Transferzahlungen an die ehemalige DDR. Diese Leistungen werden aus Haushaltsmitteln des Bundes — vor allem über die drei Nachtragshaushalte — und aus Mitteln des Fonds „Deutsche Einheit“ finanziert. In diesem Jahr sollen aus dem Fonds 22 Mrd. DM bereitgestellt werden, und 27 Mrd. DM fließen aus den Nachtragshaushalten, insgesamt also knapp 50 Mrd. DM. Im kommenden Jahr erhöhen sich diese Leistungen zusammen auf 70 bis 75 Mrd. DM. Davon dürften reichlich 25 Mrd. DM für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland aufgebracht werden, auf 10 Mrd. DM belaufen sich die Hilfen an die Rentenversicherung. Aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ werden 35 Mrd. DM zugewiesen.

Insgesamt dürften die Staatsausgaben im alten Bundesgebiet im kommenden Jahr um 8 vH expandieren, nach knapp 10 vH in diesem Jahr. Ohne die Zahlungen an die neuen Bundesländer errechnet sich ein Zuwachs von 6 vH (1990: 5 vH). Die so bereinigten Ausgaben nehmen in beiden Jahren zwar etwas langsamer zu als das nominale Sozialprodukt (7 ½ vH und 6 ½ vH), aber damit er-

heblich stärker als in den vergangenen Jahren. Alle wichtigen staatlichen Ausgabenpositionen, also öffentliche Verbrauchsausgaben, laufende Transferzahlungen und staatliche Investitionsausgaben tragen zu dieser stärkeren Expansion bei. Besonders kräftig ist dabei in beiden Jahren der Anstieg der Sozialhilfeausgaben, weil die Sozialhilfesätze Mitte 1990 angehoben wurden und die Zahl der Anspruchsberechtigten weiter steigt. Der Anstieg der laufenden Transferzahlungen wird ferner geprägt von der Anpassung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung und die weitere Erhöhung der Rentnerzahl.

Im Subventionsbereich führt der höhere Ölpreis zu einer automatischen Entlastung bei den Unterstützungszahlungen für die Kohleförderung. Bei den Transferzahlungen an das Ausland werden die Verpflichtungen für den Abzug der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR finanzwirksam.

Die Schätzung der Aufwendungen für den Staatsverbrauch beruht auf der Annahme, daß sich die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst nur bedingt von den Anhebungen in den anderen Wirtschaftsbereichen abkoppeln lassen, die Zahl der Neueinstellungen aber in sehr engen Grenzen gehalten wird; per Saldo erhöhen sich die Personalausgaben um gut 5 vH. Etwas stärker werden indes die laufenden Sachkosten expandieren. Ausgabensteigernd wirkt vor allem die Übernahme von Leistungen

Leistungen aus dem Bundeshaushalt und dem Fonds „Deutsche Einheit“¹⁾ in Mrd. DM

	1990	1991
Krankenversicherung	3,0	—
3. Nachtragshaushalt	3,0	
Rentenversicherung	5,2	9,9
Staatszuschuß	2,3	6,2
2. Nachtragshaushalt ²⁾	0,8	—
3. Nachtragshaushalt	2,1	—
Deckung Finanzlücke	—	3,7
Arbeitslosenversicherung	5,6	26,7
2. Nachtragshaushalt ²⁾	2,0	3,0
3. Nachtragshaushalt	5,4	—
Nichtinanspruchnahme von Mitteln der BA	—1,8	—
Deckung Finanzlücke	—	23,7
Gebietskörperschaften	35,7	35,8
1. Nachtragshaushalt	5,0	0,8
3. Nachtragshaushalt	8,7	—
Fonds „Deutsche Einheit“	22,0	35,0
Insgesamt	49,5	72,4

¹⁾ In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Vermögensübertragungen von Westdeutschland an Ostdeutschland gebucht. — ²⁾ Anschubfinanzierung.

bei Schwerpflegebedürftigkeit durch die gesetzliche Krankenversicherung, während die Kürzungen bei den militärischen Beschaffungen die Entwicklung dämpfen.

Der Anstieg der öffentlichen Investitionsausgaben wird sich abschwächen, in realer Rechnung wird kaum ein Plus verbleiben. Im Gegensatz zu 1990 sorgt das Strukturhilfeprogramm für keinen Schub mehr, und die hohen Defizite werden die öffentlichen Investoren zu vorsichtigerem Verhalten veranlassen. Hingegen werden die Zinsausgaben in die Höhe schnellen, weil bei anhaltend hohen Kapitalmarktzinsen nunmehr der rapide Anstieg der staatlichen Neuverschuldung zu Buche schlägt.

Die staatlichen Einnahmen im ehemaligen Bundesgebiet werden 1991 um 6 vH steigen, während sich im Jahr 1990 wegen der Steuerentlastung lediglich ein Einnahmepus von 3 ½ vH ergibt. So wird die Lohnsteuer im kommenden Jahr wieder die volle Progressionswirkung entfalten: Während die Löhne und Gehälter insgesamt um 6 ½ vH zunehmen, ist beim Lohnsteueraufkommen mit einem Plus von über 11 vH zu rechnen. Für die Einkommenselastizität ergibt sich ein Wert von 1,8; vor der dreistufigen Reform hatte er bei knapp 2 gelegen. Auch die ertragsabhängigen Steuern werden stärker als im Vorjahr expandieren, wenngleich die Effekte der Steuerreform aufgrund des Veranlagungs-Lags noch nachwirken.

Die indirekten Steuern dürften unterproportional steigen. Die Zunahme der Mehrwertsteuereinnahmen wird einerseits durch die Verlangsamung des Anstiegs der Inlandsnachfrage in Westdeutschland gedämpft, andererseits durch die vermehrten Lieferungen in die neuen Bundesländer verstärkt. Allerdings muß ein Teil der Steuern vom Umsatz von den alten an die neuen Bundesländer abgeführt werden (1990 und 1991 jeweils 1 ½ bis 2 Mrd. DM). Das Aufkommen der speziellen Verbrauchsteuern ist an die Mengenentwicklung gekoppelt und steigt nur schwach. Bei den Sozialbeiträgen ist 1991 mit einem ähnlichen Plus wie im laufenden Jahr zu rechnen (6 ½ vH).

In der ehemaligen DDR geht mit der Schaffung föderativer Strukturen ein radikaler Wandel der staatlichen Aufgaben — und Kompetenzverteilung — einher. Einschneidend wird der Personalabbau im öffentlichen Dienst sein, denn vergleichsweise waren dort weit mehr Arbeitskräfte als in der westdeutschen Verwaltung beschäftigt. Ein Teil der entlassenen Arbeitskräfte dürfte in den neu zu schaffenden Ländereinrichtungen eine Stelle finden. Der Bund wird dagegen nur wenig Personal übernehmen. Für nicht weiter beschäftigte Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes wird für ein halbes Jahr Übergangsgeld in Höhe von 70 vH des letzten Arbeitsentgelts gezahlt. Im ersten Halbjahr 1991 dürften etwa eine halbe Million Personen Übergangsgeld beziehen.

Die staatlichen Investitionen in Ostdeutschland werden zunächst noch weit hinter den Bedarfsvorstellungen zurückbleiben. Mit einer Zunahme dieser Investitionen im Verlauf des Jahres 1991 kann jedoch gerechnet werden,

da sich die Finanzausstattung der Kommunen durch Strukturhilfen der neuen Länder und auch des Bundes deutlich verbessern wird.

Die staatlichen Sozialleistungen in Ostdeutschland haben sich seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion sprunghaft erhöht, weil die Finanzierung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erhebliche Mittel erfordert. Im Jahr 1991 werden die Ausgaben der ostdeutschen Arbeitslosenversicherung auf etwa 30 Mrd. DM steigen (1990: 10 Mrd. DM).

Mit den geplanten weiteren Rentenerhöhungen werden die Rentenausgaben ebenfalls weiter expandieren, so daß in der ostdeutschen Rentenversicherung erneut ein Finanzierungsdefizit (3½ Mrd. DM) entstehen wird. Kräftig erhöhen dürften sich auch die übrigen Sozialausgaben in Ostdeutschland, weil Unterstützungsleistungen eingeführt werden, die es in der bisherigen DDR nicht gab oder die bisher vom Staat in Form von realen Leistungen erbracht wurden.

Seit dem 1. Juli werden im Gebiet der bisherigen DDR die Mehrwertsteuer, spezielle Verbrauchsteuern und — bis Ende 1990 in einem vereinfachten Verfahren — die Lohnsteuer erhoben. Die Unternehmen entrichten bis Ende 1990 anstelle von Gewinnsteuern pauschale Abführungen. Anders als in Westdeutschland werden die indi-

Staatshaushalt Ostdeutschland¹⁾
in Mrd. DM

	2. Halbjahr 1990	1991
Steuern	17,0	46,5
Direkte Steuern	5,0	9,5
Indirekte Steuern	12,0	37,0
Sozialbeiträge	20,0	55,0
Erwerbseinkünfte	0,0	0,0
Sonst. lfd. Übertragungen	4,0	7,5
Empfangene Vermögensübertragungen übrige Welt	49,5	72,5
Einnahmen	90,5	181,5
Staatsverbrauch	34,5	64,5
Zinsen	4,0	10,0
Laufende Übertragungen	57,0	100,0
Unternehmen	19,0	15,0
priv. Haushalte	38,0	85,0
Ausland	0,0	0,0
Vermögensübertragungen	1,5	4,5
Nettoinvestitionen	3,0	*10,0
Ausgaben	100,0	189,5
Haushaltsdefizit	—9,5	—7,5
¹⁾ Schätzung der beteiligten Institute, prognostizierte Werte auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.		

rekten Steuern auf absehbare Zeit die wichtigste Säule des Steuersystems bilden. Die Steuern auf Einkommen und Vermögen werden wegen der — relativ gesehen — hohen Pausch- und Freibeträge nicht sehr ergiebig sein. Alles in allem kann 1991 mit einem kassenmäßigen Steueraufkommen von reichlich 40 Mrd. DM (zweites Halbjahr 1990: 17 Mrd. DM) gerechnet werden.

Der Staatssektor (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird in beiden Teilen Deutschlands zusammengekommen im Jahr 1990 ein Defizit von rund 70 Mrd. DM aufweisen. Im kommenden Jahr wird das Staatsdefizit rund 90 Mrd. DM betragen. Innerhalb des Staatssektors werden die westdeutschen Sozialversicherungsträger in beiden Jahren Überschüsse von etwa 20 Mrd. DM aufweisen. Das Defizit der westdeutschen Gebietskörperschaften — unter Einrechnung des Sonderfonds „Deutsche Einheit“ und der sonstigen Übertragungen nach Ostdeutschland — steigt von 77 Mrd. DM im Jahr 1990 auf 105 Mrd. DM.

In finanzstatistischer Abgrenzung — hier werden Darlehen und Beteiligungen als Ausgaben eingeordnet, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind sie Teil der Ersparnis — errechnet sich unter Einschluß des Fonds „Deutsche Einheit“ für die westdeutschen Gebietskörperschaften für das Jahr 1990 ein Defizit von 85 Mrd. DM und für das Jahr 1991 von etwa 115 Mrd. DM. Bezieht man die öffentlichen Haushalte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR — ohne Treuhandanstalt — mit ein, so beläuft sich der Nettokreditbedarf der Gebietskörperschaften insgesamt im laufenden Jahr auf knapp 100 Mrd. DM und im kommenden Jahr auf reichlich 120 Mrd. DM. Da die westdeutsche Sozialversicherung mit ihren Überschüssen aber den Kapitalmarkt alimentiert, ist für die Beurteilung der effektiven staatlichen Kapi-

talmarktbeanspruchung im Jahre 1991 das oben genannte gesamtstaatliche Defizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 90 Mrd. DM relevant.

Alle hier genannten Größenordnungen stehen — angesichts des beispiellosen wirtschaftlichen Umbruchs — unter dem Vorbehalt einer mit besonders hoher Unsicherheit behafteten Prognose der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Eine gesamtdeutsche Bilanz

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich im kommenden Jahr abschwächen. Die Zunahme des realen Bruttosozialproduktes dürfte sich, Westdeutschland und Ostdeutschland zusammengefaßt, auf ungefähr 1½ vH belaufen. Diese Zuwachsrate für Gesamtdeutschland ist jedoch wenig aussagekräftig für die Tendenzen, die sich in Westdeutschland einerseits und in Ostdeutschland andererseits zeigen werden. In Westdeutschland werden die konjunkturellen Auftriebskräfte deutlich erlahmen; überdeckt wird dies freilich zu einem beträchtlichen Teil durch den Nachfrageschub, den die Ausgaben in Ostdeutschland für westdeutsche Konsum- und — zunehmend stärker — Investitionsgüter bedeuten.

In Ostdeutschland setzt sich die Talfahrt der Wirtschaft bis weit in das Jahr 1991 fort. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte im Durchschnitt des kommenden Jahres nochmals um ungefähr ein Zehntel geringer sein, nachdem es in diesem Jahr um ein Sechstel geschrumpft war. Dieser Einbruch ist nicht das Ergebnis einer konjunkturellen Nachfrageschwäche, sondern das des strukturellen Anpassungsprozesses, den die Wirtschaft in Ostdeutschland durchläuft. Der Prozeß bedeutet zunächst

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland (insgesamt)

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾ (1 000 Personen)	25 360	25 860	8 420	6 500	33 780	32 360
Arbeitslose (1 000 Personen)	1 900	2 000	250	1 400	2 150	3 400
Kurzarbeiter (1 000 Personen)	60	80	830	1 750	890	1 830
Finanzierungssaldo Staat ²⁾ (Mrd. DM)	—58,0	—83,0	—14,0	— 8,0	—71,0	—90,0
Leistungsbilanzsaldo ²⁾ (Mrd. DM)	—110,0	93,0	—52,0	—77,0	58,0	16,0

¹⁾ Beschäftigte im Inland. — ²⁾ Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: Prognose für Westdeutschland auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes für 1989. Prognose der beteiligten Institute für Ostdeutschland auf der Basis der Ergebnisse einer vom DIW für 1989 durchgeführten empirisch gestützten Modellrechnung. Prognostizierte Werte gerundet.

den fortgesetzten Abbau von Produktion, die keine Nachfrage mehr findet. Zunehmend dürften jedoch neue Fertigungen und Unternehmen aufgebaut werden. Hinter dem weiteren starken Rückgang des Bruttosozialproduktes in Ostdeutschland im Jahr 1991 verbirgt sich somit eine Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der ersten Jahreshälfte, der eine spürbare Zunahme folgt.

Entsprechend der unterschiedlichen Entwicklung der Produktion in Westdeutschland und in Ostdeutschland verläuft auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gegensätzlich. Der beträchtliche Rückgang der Zahl der Beschäftigten in Gesamtdeutschland um 1½ Millionen (Jahresdurchschnitt 1991 verglichen mit 1990) ergibt sich bei einer — allerdings konjunkturell abgeschwächten — Zunahme im Westen und einem durch die strukturellen Schrumpfungsprozesse bedingten dramatischen Einbruch im Osten. Ebenso ist der steile Anstieg der Arbeitslosenquote in Gesamtdeutschland auf fast 10 vH im Jahresdurchschnitt von 1991 (1990: 6 vH) fast gänzlich auf den Abbau von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland zurückzuführen. Während hier allerdings im späteren Verlauf des kommenden Jahres mit einer spürbaren Besserung zu rechnen ist, dürfte die konjunkturelle Verlangsamung in Westdeutschland zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen.

Der Einbruch bei Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland und die umfangreichen Ausgaben für die Systeme der sozialen Sicherheit sowie den dringenden Aufbau der Infrastruktur prägen die öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland wie in Westdeutschland schon in diesem Jahr; sie werden jeweils beträchtliche Defizite aufweisen. Zusammengekommen dürfte sich der Finanzierungssaldo 1991 auf eine Größenordnung von rund 3 vH des Bruttosozialproduktes belaufen.

Der Aufbau der Wirtschaft in Ostdeutschland wird auf lange Zeit einen Netto-Zustrom an realen Ressourcen erfordern; die Ressourcen müssen wohl zum größten Teil in Westdeutschland aufgebracht werden. Dieser Prozeß ist im laufenden Jahr schon sehr kräftig in Gang gekommen. Während die realen Ausfuhren Ostdeutschlands 1991 relativ wenig zunehmen werden, dürften die Einfuhren um ein Fünftel ausgeweitet werden; kräftig steigen werden vor allem die Bezüge aus Westdeutschland. Angesichts der dort hoch ausgelasteten Kapazitäten können die zusätzlichen Lieferungen wohl nicht ohne erhebliche zusätzliche Einfuhren erbracht werden. Außerdem erleichtert die konjunkturelle Abschwächung der Nachfrage des Auslandes nach deutschen Waren den Ressourcetransfer nach Ostdeutschland. Die verstärkte reale Absorption in Deutschland schlägt sich im laufenden und auch im kommenden Jahr in kräftig steigenden Importen nieder. Der Überschuß in der gesamtdeutschen Leistungsbilanz wird beträchtlich abnehmen: 1991 dürfte er nur noch ein Sechstel des Höchststandes von 1989 betragen. Für die Handelspartner bedeutet diese Entwick-

lung, daß die deutsche Wirtschaft ihnen erhebliche konjunkturelle Anregungen vermitteln wird.

Überlegungen zur Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland sieht sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, die Wirtschaftslage in Ostdeutschland möglichst schnell zu stabilisieren und einen Erholungsprozeß einzuleiten sowie die Fortsetzung des Aufschwungs in Westdeutschland zu sichern. Außerdem müssen Entscheidungen von großer Tragweite für Europa gefällt werden.

Finanzpolitik

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion steht die Frage nach der Höhe und der Finanzierung der „Kosten der Einheit“. Dabei soll der Aufwand für die Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft, der — über viele Jahre verteilt — von der privaten Wirtschaft außerhalb und innerhalb Ostdeutschlands aufgebracht wird, außer Betracht bleiben. Dies sind Ausgaben, die getätigt werden, weil sich die Investoren Gewinne versprechen. Die Belastungen der öffentlichen Haushalte, um die es bei den „Kosten der Einheit“ eigentlich geht, betreffen vor allem die Anschubfinanzierung für die ostdeutsche Sozialversicherung, die Abdeckung der laufenden Defizite der ostdeutschen Gebietskörperschaften und den Aufbau der öffentlichen Infrastruktur in Ostdeutschland.

Auch die fiskalischen Kosten verteilen sich über mehrere Jahre und führen — bei erfolgreicher Sanierung — später zu Erträgen, die dann als Steuern und Sozialabgaben teilweise wieder dem Staat zufließen. Wie schnell und in welcher Höhe staatliche Mehreinnahmen entstehen, läßt sich angesichts der Unsicherheiten bei der Prognose der mittelfristigen Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft gegenwärtig nicht schätzen.

In Westdeutschland fallen erhebliche staatliche Mehreinnahmen dank der starken Nachfrage der ostdeutschen Bevölkerung nach westdeutschen Gütern und Dienstleistungen an. Sie reichen aber bei weitem nicht aus, die staatlichen Mehrausgaben für Ostdeutschland abzudecken. So fallen die zum größten Teil von westdeutscher Seite auszugleichenden Defizite in den öffentlichen Haushalten Ostdeutschlands — und hier insbesondere bei der Arbeitslosenversicherung — in diesem und im nächsten Jahr wesentlich höher aus, als dies ursprünglich erwartet worden war.

Das gesamte staatliche Defizit in beiden Teilen Deutschlands wird 1990 und 1991 jeweils rund 3 vH des nominalen Bruttosozialproduktes betragen. Da der Staatssektor im Vorjahr in der Bundesrepublik noch einen leichten Überschuß verzeichnete, bedeutet dies eine Veränderung des Defizits in Höhe von 3 ½ Prozentpunkten

des Bruttosozialprodukts innerhalb von zwei Jahren. Eine derartige Verschlechterung der öffentlichen Finanzierungsposition hatte es in der Vergangenheit in der Bundesrepublik nur einmal, nämlich im Rezessionsjahr 1975, gegeben.

Die Beurteilung der aktuellen Finanzpolitik spitzt sich auf die Frage zu: Sollen zur Vermeidung eines derart starken Anstiegs des Staatsdefizits und der staatlichen Kapitalmarktbeanspruchung die Steuern erhöht werden? Schon im Frühjahrsgutachten haben wir uns mit dieser Frage auseinandergesetzt und uns gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Wir halten diese Position nach wie vor aufrecht, obwohl sich nun für dieses und fürs nächste Jahr deutlich höhere Staatsdefizite abzeichnen.

Mit der starken Erhöhung des staatlichen Finanzierungsdefizits in den Jahren 1990 und 1991 geht ein deutlicher Rückgang des außenwirtschaftlichen Überschusses der Bundesrepublik Deutschland einher. Dieser Rückgang und die dadurch ausgelöste tendenzielle Verbesserung der Leistungsbilanzen der Handelspartner bedeuten, daß die deutschen Netto-Kapitalexporte geringer sind. Zur Finanzierung der deutschen Einheit wird ein entsprechend größerer Anteil des Weltkapitalangebots in Anspruch genommen.

Wichtig ist aber, zu welchen Zinsen in- und ausländische Anleger bereit sind, deutsche Staatstitel zu halten, wie hoch also die Kosten der Finanzierung sind. Letztendlich richtet sich dies nach der Bewertung der staatlichen Mittelverwendung durch die Kapitalmärkte. Je mehr am Kreditmarkt aufgenommene Mittel darauf verwendet werden, in Ostdeutschland den Investitionsprozeß nachhaltig in Gang zu bringen und damit die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einzuleiten, desto geringer wird der Zinsanstieg sein, denn das Vertrauen der Anleger in den finanzpolitischen Kurs würde um so größer sein.

Ein Zinsanstieg würde die Konjunktur dämpfen, zugleich aber das Kapitalangebot anregen. Konjunkturdämpfende Wirkungen hätten auch Steuererhöhungen, weil sie den Privaten Kaufkraft entziehen; andererseits würde der Kapitalmarkt entlastet. Bedacht werden muß, daß der Kaufkraftentzug in einer Zeit wirksam werden würde, in der der Verteilungsspielraum ohnehin durch die Terms of Trade-Verschlechterung infolge der Erdölpreiserhöhung verringert ist. Hinzu kommt, daß, vor allem bei der Anhebung direkter Steuern, die Leistungsanreize gemindert werden. Bei der Erhöhung indirekter Steuern steigt das Preisniveau. Geht dies in das Lohnniveau ein, kann eine Preis-Lohn-Spirale ausgelöst werden, die selbst bei unveränderter Geldpolitik zu einer Dämpfung der Konjunktur führen würde. Alles in allem ist deshalb eine Steuererhöhung keinesfalls ein naheliegender Weg zur Finanzierung der Ausgaben für die deutsche Einheit.

Kreditfinanzierung und Steuererhöhung sind jedoch nicht die einzigen Alternativen. Immer wenn zusätzliche

Ausgaben als unvermeidbar erscheinen, sollte geprüft werden, ob Ausgaben an anderer Stelle gekürzt werden können, ob es also Einsparpotentiale gibt. Einsparmöglichkeiten ergeben sich zu allererst dort, wo Ausgaben bisher als Folge der Teilung entstanden sind. So gibt es nach dem Wegfall der innerdeutschen Grenze keine ökonomische Begründung für die Berlin- und die Zonenrandförderung mehr. Die teilungsbedingten Steuervergünstigungen betragen jährlich 12 Mrd. DM.

Ferner erlauben die veränderten Bedingungen in Ost-europa spürbare Entlastungen im Verteidigungshaushalt, der gegenwärtig ein Volumen von 55 Mrd. DM aufweist. Der Personalbestand der Bundeswehr soll — nach Planungen der Bundesregierung — um ein Viertel auf 370 000 Soldaten gekürzt werden. Unter Berücksichtigung der Stellen- und Gehaltsstruktur ergibt sich im Personalbereich ein Einsparpotential von rund 5 bis 6 Mrd. DM. Einschließlich der Kürzungen bei den Sachausgaben sind Einsparungen im Verteidigungshaushalt von reichlich 10 Mrd. DM pro Jahr möglich.

Bei einer gründlichen Durchforstung der Subventionen einschließlich der Steuervergünstigungen ergeben sich weitere Einsparmöglichkeiten, auf die an dieser Stelle wie auch in den verschiedenen Strukturberichterstattungen der Forschungsinstitute mehrfach hingewiesen wurde.

In der Gesamtsumme dürften sich ähnliche Beträge erreichen lassen, wie sie bei der Diskussion um Steuererhöhungen genannt werden, also jährlich etwa 20 bis 30 Mrd. DM. Derart hohe Einsparungen dürften sich allerdings kurzfristig noch nicht realisieren lassen, unter anderem wegen vertraglicher Verpflichtungen. Wichtig wäre aber, daß möglichst schnell ein mittelfristiges Sparkonzept entwickelt und schon im kommenden Jahr ein größerer Schritt in diese Richtung getan wird. Dies erfordert politische Kraft. Auch Ausgabenkürzungen haben Entzugswirkungen und dämpfen für sich genommen die Konjunktur. Die Mittelaufbringung auf dem hier vorgeschlagenen Weg ist aber wachstumsfreundlicher, weil die gesamtwirtschaftliche Ressourcenverwendung verbessert wird. Im übrigen gilt, daß sich auch bei den Ausgaben für Ostdeutschland nach und nach Einsparpotentiale ergeben, jedenfalls dann, wenn die Mittel nicht vorwiegend konsumtiv, sondern wachstumsfördernd eingesetzt werden.

Die zahlreichen Subventionsprogramme für private Investitionen in Ostdeutschland haben sicherlich negative Nebenwirkungen zur Folge. Gleichwohl erscheint die befristete Förderung von Investitionen vertretbar, weil die Vorteile der Anregung der Investitionen die Nachteile allokativer Verzerrungen überwiegen.

Die Erfahrungen der achtziger Jahre zeigen, daß sich hohe Staatsdefizite bei entsprechend restriktiver Haushaltsführung innerhalb weniger Jahre wieder zurückführen lassen. Ob sich dies — zumindest in diesem Ausmaß — auf die neunziger Jahre übertragen läßt, mag

allerdings bezweifelt werden. Zum einen wurde damals die Konjunktur außenwirtschaftlich angeregt, der Konjunkturaufschwung entlastete den Staat von Ausgaben und trug zu Einnahmeerhöhungen bei. Zum anderen gibt es jetzt hohe strukturelle, aus der Einigung bedingte Anforderungen an die öffentlichen Haushalte, die es schwierig erscheinen lassen, einen ähnlichen finanzpolitischen Kurs durchzuhalten.

Die zum 1. Januar 1991 geplante Erhöhung der Renten in Ostdeutschland um 15 vH wird zu einer weiteren Haushaltsbelastung führen. Schon mit der Währungsunion wurden diese Renten im Durchschnitt um knapp 30 vH erhöht. Zwar ist die Entwicklung der Altersrenten im allgemeinen an die vorangegangene Lohnentwicklung gekoppelt, um die Rentner an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen. Eine derartige Dynamisierung der Renten in Ostdeutschland ist auch im Einheitsvertrag vorgesehen, wobei hier allerdings keine konkrete zeitliche Vorgabe für die Rentenanpassung gemacht wird. Gegenwärtig ist aber noch nicht bekannt, wie sich die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung entwickeln. Mit der zum 1. Januar 1991 geplanten Rentenerhöhung würden schon im Vorgriff auf spätere Beitragszahlungen die Ausgaben erhöht, so daß letztlich neue Defizite entstehen, die aus dem Bundeshaushalt und damit angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage über zusätzliche Staatskredite abzudecken wären.

Da die Lohnentwicklung, mit der die Rentenerhöhung Schritt halten soll, nicht durch eine entsprechende Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität abgedeckt ist, gilt dies auch für eine daran anknüpfende Rentenanpassung. Wollte man tatsächlich aus politischen Gründen die Einkommen in Ostdeutschland wesentlich schneller an die westdeutschen Einkommen heranführen als dies durch die Angleichung der Produktivität gerechtfertigt ist, dann müßte diese Lücke durch ständig steigende öffentliche Transfers und — bei der gegenwärtigen Haushaltslage — durch zusätzliche staatliche Kredite geschlossen werden. Bei einer derartigen politischen Strategie dürften aber Steuererhöhungen auf Dauer unvermeidlich sein.

Lohnpolitik

In Westdeutschland wird die Lohnrunde im kommenden Jahr unter veränderten Bedingungen verlaufen. Der Anstieg der Produktivität wird niedriger und die Terms of Trade werden wegen der Ölpreiserhöhung ungünstiger sein. Zudem wird der Wettbewerb am Arbeitsmarkt durch die Integration der beiden Teile Deutschlands erheblich verschärft.

Da der Verteilungsspielraum kleiner sein wird als in diesem Jahr, müßten auch die Lohnabschlüsse niedriger ausfallen. Sollte es zu den — von uns nicht empfohlenen — Steuererhöhungen kommen, so ändert dies nichts an der lohnpolitischen Empfehlung. Denn auch hier wäre eine entsprechende Kürzung des Reallohns, sei es über

höhere Preise bei der Anhebung indirekter Steuern, sei es über niedrigere Nettolöhne bei der Anhebung der Einkommensteuern, hinzunehmen. Für die Prognose ist allerdings angenommen worden, daß die Tarifabschlüsse ähnlich hoch wie in diesem Jahr ausfallen.

In Ostdeutschland stiegen die Löhne schon vor der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der die Löhne 1:1 umgestellt wurden und ein Abgabesystem nach westdeutschem Muster eingeführt wurde. Danach kam es in vielen Bereichen zu weiteren Lohnerhöhungen. Insgesamt dürfte das Tariflohnniveau bereits 1990 um 20 vH über dem vom Vorjahr liegen.

Zwar hätte auch bei einer vorsichtigeren Lohnpolitik zu Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie an dieser Stelle im Frühjahr empfohlen wurde, ein Einbruch bei der Produktion und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden können. Die — gemessen an der Produktivitätsentwicklung weit überzogenen — Lohnanhebungen haben aber zweifellos die Lage für die Betriebe verschlechtert und die Beschäftigungsprobleme vergrößert. Gleichzeitig ist es nicht zu der unter Anreizgesichtspunkten notwendigen Lohndifferenzierung gekommen. Vielmehr wurde mit der Aufstockung des Grundlohns und mit festen Steigerungsbeträgen die Lohnstruktur aus der Planwirtschaft noch mehr nivelliert. Eine Ausnahme bildete das weitgehend vom alten System übernommene obere Management, das sich hohe Gehaltssteigerungen zubilligte.

Die meisten ostdeutschen Tarifverträge haben sehr kurze Laufzeiten, so daß schon bald neue Tarifverträge vereinbart werden müssen. Oberstes Ziel der neuen Lohnrunde in Ostdeutschland sollte es sein, mit der Lohndifferenzierung nach beruflicher Qualifikation sowie sektoraler und regionaler Ertragskraft zu beginnen. Ansonsten sollten die Tarifpartner zu Beginn des kommenden Jahres keine weiteren nominalen Lohnsteigerungen vereinbaren. Die Laufzeit der Tarifverträge sollte zumindest ein Jahr betragen, um Investoren eine verlässliche Kalkulationsgrundlage zu bieten.

Wenn sich die Entkoppelung zwischen Löhnen und Produktivität fortsetzt, werden noch mehr Arbeitsplätze unrentabel, und die Arbeitslosigkeit nimmt noch stärker zu. Der Abwanderungsdruck, den man durch hohe Lohnsteigerungen eindämmen will, bliebe auch dann hoch. Die Lohnpolitik kann zwar die Last der sich jetzt in Ostdeutschland vollziehenden Strukturanpassung nicht allein tragen, es sollte jedoch nicht zuletzt im Interesse der Arbeitnehmer verhindert werden, daß der wirtschaftliche Erholungsprozeß als Folge einer überzogenen Lohnpolitik nicht vorankommt.

Privatisierung von volkseigenem Vermögen

Schon wenige Wochen nach Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der Bundesrepublik mit der

Geldpolitik

DDR am 1. Juli 1990 hatte sich gezeigt, daß die Verzögerung bei der Privatisierung von volkseigenen Betrieben durch die Treuhandanstalt zu einem Engpaß für die Umstrukturierung der 8 000 Betriebe werden kann. Bis zuletzt ist die Anpassung der Betriebe nicht in einem Tempo vorangekommen, wie es angesichts der drängenden Arbeitsmarktprobleme notwendig wäre. Der Eindruck verdichtet sich, daß die Treuhandanstalt mit zu vielen Aufgaben belastet und damit überfordert ist.

Der entscheidende Konstruktionsfehler der Treuhandanstalt liegt in der Sanierungsaufgabe, die ihr im Einigungsvertrag erneut zugewiesen worden ist. Danach soll die Treuhandanstalt „... die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich ... strukturieren ...“ Dem liegt offenbar die Auffassung zugrunde, daß ein Verkauf ohne vorherige Sanierung der Betriebe einem „Ausverkauf“ von Volksvermögen gleichkäme, da für viele Unternehmen ohne Sanierung nur sehr niedrige Marktpreise erzielt werden könnten. Diese weit verbreitete Auffassung ist nicht haltbar.

Das Ausverkaufs-Argument unterstellt, daß die Sanierung mit Hilfe einer zentralen staatlichen Institution kostenlos zu haben ist. Tatsächlich ist diese Art der Sanierung aber sehr teuer. Die Sanierungskosten müssen von dem dann höheren Marktpreis abgezogen werden, will man den Nettoertrag für den Staatshaushalt ermitteln. Der Staat kann — wie sich schon in der Debatte um die Streichung der Altschulden der Unternehmen gezeigt hat — Marktpreise nicht kostenlos verändern. Es spricht sogar vieles dafür, daß eine zentrale staatliche Sanierung der Betriebe viel teurer ist als eine dezentrale private, wie sie nach raschem Verkauf vorgenommen würde. Hinzu kommt, daß die umfassende Verantwortung der Treuhandanstalt für die Entwicklung der Betriebe zu einer Überforderung der Mitarbeiter dort führt, während in den Betrieben selbst eine abwartende Haltung eingenommen und die Umstrukturierung nicht in Gang gebracht wird.

Es ist daher unumgänglich, die Treuhandanstalt von der Aufgabe der Sanierung freizustellen. Die Treuhandanstalt sollte sich allein auf den Verkauf von Betrieben, also die eigentliche Privatisierung konzentrieren. Sie sollte dabei den Bietprozeß transparent machen und im übrigen eine Mißbrauchsaufsicht ausüben. Der Grundsatz des Privatisierungsprozesses muß es sein, so viele Aufgaben wie möglich zu dezentralisieren. Den Betrieben sollten folglich durchaus die Verhandlungen mit potentiellen Investoren überlassen werden, die Treuhandanstalt muß aber sowohl für eine breitgefächerte Ausschreibung sorgen als auch das letzte Wort über den Zuschlag behalten. Mißbräuche im Zuge des Verhandlungsprozesses könnten dadurch verhindert werden, daß Mitarbeiter der Treuhandanstalt oder von der Treuhandanstalt beauftragte Personen jede Stufe der Verhandlungen direkt überwachen. Zudem kann die Treuhandanstalt unabhängige Experten (Unternehmensberater, Unternehmensbewerter) zu Rate ziehen.

In diesem Jahr ist die monetäre Expansion in Westdeutschland recht moderat gewesen. Dies gilt sowohl für die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) als auch für die Geldmenge in der weiteren Abgrenzung M3 (M1 zuzüglich der Termingelder unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist). Die Geldmenge M3 hat sich am unteren Rand des Geldmengenziels von 4 bis 6 vH bewegt. Seit einem Jahr sind der Diskont- und der Lombardsatz unverändert; dementsprechend blieb auch der Geldmarktsatz nahezu stabil.

Der Kapitalmarktzins hatte sich schon im vergangenen Jahr im Gefolge weltweit stärker steigender Preise und des damit einhergehenden internationalen Zinsauftriebes erhöht; im Februar dieses Jahres hat er nochmal sprunghaft um einen Prozentpunkt auf gut 9 % zugenommen. Damit haben die Finanzmärkte offenbar die zusätzliche private und öffentliche Kapitalnachfrage im Zusammenhang mit der Integration und der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft antizipiert. Nachdem der Kapitalmarktzins in den folgenden Monaten weitgehend stabil geblieben war, ist er in jüngster Zeit wieder etwas gestiegen. Hierzu mag neben dem mit der Golfkrise verbundenen Ölpreisanstieg die Erwartung beigetragen haben, daß das deutsche Haushaltsdefizit merklich höher als ursprünglich angenommen ausfallen werde.

Mit der Einbeziehung der neuen Bundesländer in das Geld- und Kreditsystem der Bundesrepublik stellt sich für die Bundesbank die Frage, ob sie auch für 1991 ein Geldmengenziel ankündigen soll. Gegen die Bekanntgabe eines Geldmengenziels kann eingewendet werden, daß die Kassenhaltungsgewohnheiten der ostdeutschen Haushalte und Unternehmen derzeit stark von denen in Westdeutschland abweichen und auch die künftige Liquiditätspräferenz unbekannt ist. Ein weiteres Argument gegen ein potentialorientiertes Geldmengenziel ist, daß weder das gegenwärtige Niveau noch die künftige Entwicklung des Produktionspotentials in Ostdeutschland verläßlich abgeschätzt werden könne.

Gleichwohl halten wir es für gerechtfertigt, daß auch für 1991 ein Geldmengenziel festgelegt wird. Es spricht nämlich einiges dafür, daß sich schon im nächsten Jahr die Liquiditätsneigung in Ostdeutschland der in Westdeutschland annähern wird. Der Aufbau eines modernen Geld- und Kreditsystems wird Fortschritte machen, die Stockungen im Zahlungs- und Kreditverkehr werden bald überwunden werden. Auch dürften die Sparer mehr und mehr erkennen, daß, anders als in der ehemaligen DDR, eine längerfristige Geldanlage eine Rendite erbringt, die den Verzicht auf Liquidität erleichtert. Die Risiken einer fehlerhaften Einschätzung des Produktionspotentials in Ostdeutschland werden dadurch gemildert, daß der Anteil der ostdeutschen an der gesamtdeutschen Volkswirtschaft nicht mehr als 10 vH ausmacht.

Damit gelten für die Ableitung des Geldmengenziels grundsätzlich ähnliche Kriterien wie in den Vorjahren. So ist für das gesamtdeutsche Potentialwachstum vermutlich eine Rate von 2 ½ bis 3 vH anzusetzen. Hierbei ist berücksichtigt, daß es im nächsten Jahr in Ostdeutschland nochmals zu einem Abbau von Produktionskapazitäten kommen wird, wenn auch weniger stark als im Jahre 1990. Den unvermeidlichen Preisanstieg schätzen wir auf 2 vH. Zusätzlich wäre ein Zuschlag von einem halben Prozentpunkt für die trendmäßige Zunahme des Kassenhaltungsquotienten (Geldmenge M3 in vH des nominalen Bruttosozialprodukts) zu gewähren. Demnach kann der bisherige Zielkorridor von 4 bis 6 vH beibehalten werden. Ein solcher Korridor ließe Raum für eine deutliche Beschleunigung der monetären Expansion selbst in jenem Falle, in dem sich die Liquiditätsneigung in Ostdeutschland nicht wie hier unterstellt zurückbilden sollte.

Die Bundesbank sollte den Kurs einer stetigen, potentialorientierten Geldpolitik auch dann fortsetzen, wenn sich der Preisanstieg infolge höherer Ölpreise oder aufgrund einer Heraufsetzung der indirekten Steuern stärker beschleunigt, als dies in der vorliegenden Prognose unterstellt ist. Beides ist, für sich genommen, kein Ausdruck einer nachhaltigen Inflationsbeschleunigung: Bei einer Mehrwertsteuererhöhung läge ein einmaliger Sprung des Preisniveaus vor, mit dem der Staat einen Kaufkraftentzug beabsichtigt. Bei einer Verteuerung des Produktionsfaktors Öl handelt es sich um einen knappheitsbedingten Anstieg eines relativen Preises, der ebenfalls die Kaufkraft der Haushalte und Unternehmen einschränkt. Würde die Bundesbank eine so bedingte Beschleunigung des Preisauftriebs zum Anlaß für eine restriktive Geldpolitik nehmen, dann bestünde die Gefahr einer Konjunkturabschwächung, weil der Anpassungsdruck auf die Wirtschaft unnötig verschärft würde. Ebenso wenig dürften ein verstärkter Ölpreisanstieg und eine Mehrwertsteuererhöhung eine nachgiebige Geldpolitik rechtfertigen; denn dadurch würde die Geldwertstabilität auch mittelfristig gefährdet.

Europäische Währungsunion

Die Verwirklichung der deutschen Währungsunion ist für viele, die die europäische Einigung vorantreiben wollen, ein Grund dafür, auf eine raschere Verwirklichung der Europäischen Währungsunion zu drängen. So soll nach einem Vorschlag der EG-Kommission schon Anfang 1993 die zweite Stufe des vom Delors-Plan gewiesenen Weges zu einer Europäischen Währungsunion betreten werden: In dieser Phase sollen u.a. ein Europäisches Zentralbanksystem (EZBS) errichtet und ein „Lernprozeß“ in Gang gesetzt werden, „der zu kollektiven Entscheidungen führt, während die endgültige Verantwortung für politische Entscheidungen in dieser Phase bei den nationalen Instanzen verbliebe.“ Erst in der „Endphase“ käme es zu einer „unwiderruflichen Fixierung der Wechsel-

kurse“, einer „einheitlichen Geldpolitik“ und schließlich zur Ablösung der nationalen durch eine einheitliche Währung.

Gerade wenn man das Ziel einer Europäischen Währungsunion mit einer unabhängigen europäischen Zentralbank — wie im Delors-Plan vorgesehen — ernst nimmt, wird man sich fragen müssen, ob die zweite Phase des Delors-Plans zweckmäßig ist. Vieles spricht nämlich dafür, daß der „Lernprozeß“ wesentlich effizienter gestaltet würde, wenn die nationalen Notenbanken schon jetzt jene Aufgaben und Kompetenzen erhalten, die auch ein EZBS übernehmen müßte, und vom Gesetzgeber verpflichtet würden, für Stabilität des Geldwertes zu sorgen. Die Erfüllung dieses Auftrags erfordert, daß die Notenbanken

- von politischen Weisungen unabhängig sind,
- Defizite im Staatshaushalt weder direkt noch indirekt — etwa über Liquiditätserleichterungen für die Banken — finanzieren.

Auf dieser Basis könnte ein Europäisches Zentralbanksystem errichtet werden, das dem Ziel des Delors-Plans entspricht.

Im Vorfeld der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion werden vielfach gesetzliche Vorschriften zur Begrenzung der Staatsdefizite oder der Staatsverschuldung verlangt. Unter den genannten Voraussetzungen bedarf es in einer europäischen Währungsunion aus Stabilitätsgründen solcher Vorschriften nicht. Denn die unsolide Haushaltspolitik eines Staates würde früher oder später daran scheitern, daß weitere Anleihen nur noch unter großen Schwierigkeiten und zu höheren Zinsen auf den Kapitalmärkten unterzubringen wären.

Wenn im Zusammenhang mit der Einführung der Europäischen Währungsunion immer wieder gesetzliche Regelungen zur Begrenzung der Staatsdefizite gefordert werden, so beruht dies freilich auch auf der Befürchtung, daß die zuvor genannten Bedingungen für eine stabilitätsgerechte europäische Zentralbankpolitik nicht immer und nicht ausreichend erfüllt werden. Für diesen Fall wären in der Tat institutionelle Beschränkungen für die Staatsverschuldung denkbar, damit die Zentralbanken bei der Durchsetzung ihrer Stabilitätspolitik nicht überfordert werden.

Neben diesen stabilitätspolitischen Überlegungen gibt es weitere Argumente zugunsten einer institutionellen Barriere gegen eine überbordende Staatsverschuldung. So würden massive Ansprüche eines Staates oder einer Gruppe von Staaten an den europäischen Kapitalmarkt das Zinsniveau in der Gemeinschaft insgesamt in die Höhe treiben und damit die Investitionsneigung schwächen. Es muß klargestellt werden, daß einzelnen Ländern, die wegen unsolider Haushaltsführung in Bedrängnis geraten, nicht geholfen wird. Selbst bei einer derartigen Absichtserklärung ist nicht auszuschließen, daß sich die Ge-

meinschaft letztlich doch gezwungen sieht, Mittel aus dem EG-Haushalt zur Verfügung zu stellen. Dies hätte eine Umlenkung der Kapitalströme in der Gemeinschaft aus produktiven in volkswirtschaftlich unproduktive Kanäle zur Folge. Letztlich hängt es aber wohl vom politi-

schen Willen ab, ob Budgetregeln Regierungen davon abhalten können, die gesetzten Verschuldungsgrenzen auch einzuhalten, zumal die Regeln in vielerlei Hinsicht relativiert werden müßten, um unterschiedlichen Umständen Rechnung zu tragen.

WESTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1990 und 1991

	1989	1990	1991	1990		1991	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	1,4	2,5	1,5	2,4	2,5	2,0	1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	−0,9	−1,0	−0,5	−1,0	−1,0	−0,5	−0,5
Arbeitstage (zur Hälfte gerechnet)	−0,2	−0,5	0,0	−0,1	−0,5	−0,5	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,3	1,0	1,0	1,2	1,5	1,0	1,5
Produktivität ¹⁾	2,9	3,0	2,0	2,8	3,0	2,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	3,3	4,0	3,0	4,0	4,5	3,0	3,0

2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 211,3	1 295,0	1 379,5	621,4	674,0	662,0	717,0
Staatsverbrauch	419,0	443,0	466,5	205,5	237,5	216,5	250,0
Anlageinvestitionen	458,4	517,5	571,5	239,8	277,5	263,0	308,5
Ausrüstungen	207,6	236,0	259,0	106,7	129,5	118,0	141,0
Bauten	250,8	281,5	312,5	133,2	148,0	145,0	167,5
Vorratsveränderung	29,2	24,0	25,5	19,2	5,0	17,5	8,0
Außenbeitrag	143,5	148,5	138,5	76,3	72,5	73,0	65,0
Ausfuhr	787,1	864,5	964,5	415,4	449,0	473,0	491,5
Einfuhr	643,7	716,0	826,0	339,1	377,0	399,5	426,5
Bruttosozialprodukt	2 261,3	2 428,0	2 581,0	1 162,1	1 266,0	1 232,5	1 348,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,9	7,0	6,5	6,5	7,5	6,5	6,5
Staatsverbrauch	1,5	5,5	5,5	5,7	5,5	5,5	5,5
Anlageinvestitionen	10,2	13,0	10,5	12,8	13,0	9,5	11,0
Ausrüstungen	12,3	13,5	9,5	14,2	13,5	10,5	9,0
Bauten	8,5	12,0	11,0	11,6	12,5	9,0	13,0
Ausfuhr	14,4	10,0	11,5	6,6	13,0	14,0	9,5
Einfuhr	13,8	11,0	15,5	7,4	15,0	18,0	13,0
Bruttosozialprodukt	6,5	7,5	6,5	7,1	7,5	6,0	6,5

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	963,9	1 005,5	1 030,5	484,6	520,5	497,0	533,5
Staatsverbrauch	332,9	338,0	343,5	165,4	172,5	168,5	175,5
Anlageinvestitionen	374,3	406,0	425,0	190,1	216,0	197,5	227,0
Ausrüstungen	169,2	189,5	201,0	86,2	103,5	92,0	108,5
Bauten	205,1	216,5	224,0	103,9	112,5	105,5	118,5
Vorratsveränderung	22,4	19,0	20,0	18,1	1,0	16,5	4,0
Außenbeitrag	72,6	69,0	66,0	35,8	33,5	37,0	29,0
Ausfuhr	649,2	704,0	759,0	342,3	361,5	376,0	383,0
Einfuhr	576,5	634,5	693,0	306,5	328,5	339,0	354,0
Bruttosozialprodukt	1 766,0	1 838,0	1 885,0	894,0	944,0	916,5	968,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 693,4	1 768,5	1 819,0	858,2	910,5	879,5	939,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,7	4,5	2,5	4,3	4,5	2,5	2,5
Staatsverbrauch	−0,9	1,5	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	7,1	8,5	4,5	8,9	8,0	4,0	5,0
Ausrüstungen	9,7	12,0	6,0	13,0	11,0	7,0	5,0
Bauten	5,1	5,5	3,5	5,7	5,5	1,5	5,0
Ausfuhr	11,5	8,5	8,0	5,9	11,0	10,0	6,0
Einfuhr	8,8	10,0	9,0	8,5	11,5	10,5	8,0
Bruttosozialprodukt	3,9	4,0	2,5	3,9	4,0	2,5	2,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	2,7	4,5	3,0	4,7	4,0	2,5	3,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1989	1990	1991	1990		1991	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,2	2,5	4,0	2,1	3,0	4,0	4,0
Staatsverbrauch	2,5	4,0	3,5	4,0	4,0	3,5	3,5
Anlageinvestitionen	2,9	4,0	5,5	3,5	4,5	5,5	5,5
Ausrüstungen	2,3	1,5	3,5	1,0	2,0	3,5	3,5
Bauten	3,3	6,0	7,5	5,6	7,0	7,0	7,5
Ausfuhr	2,6	1,5	3,5	0,6	2,0	3,5	3,5
Einfuhr	4,6	1,0	5,5	-1,0	3,0	6,5	5,0
Bruttosozialprodukt	2,6	3,0	3,5	3,1	3,0	3,5	4,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 176,6	1 260,5	1 339,5	594,4	666,0	628,5	711,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	948,2	1 018,5	1 085,0	479,3	539,0	508,5	576,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	627,5	694,5	732,5	330,1	364,5	347,5	385,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	575,2	620,5	656,5	303,6	317,0	321,0	335,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	485,8	536,5	569,5	264,5	272,0	281,0	288,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	410,7	439,0	461,5	214,2	225,0	225,5	236,0
Nichtentnommene Gewinne	75,1	97,0	108,0	50,2	47,0	55,5	52,0
Volkseinkommen	1 751,8	1 881,5	1 996,0	898,1	983,0	949,5	1 046,5
Abschreibungen	276,7	297,0	323,5	145,8	151,5	158,5	165,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	232,8	249,5	261,5	118,2	131,5	124,5	136,5
Bruttosozialprodukt	2 261,3	2 428,0	2 581,0	1 162,1	1 266,0	1 232,5	1 348,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,5	7,0	6,5	7,2	7,0	5,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,6	7,5	6,5	7,3	7,5	6,0	7,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,6	10,5	5,5	10,8	10,5	5,5	5,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	5,0	5,5	4,7	5,5	5,5	6,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,0	8,5	4,5	8,1	8,5	4,5	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,1	8,0	5,5	7,8	8,0	5,5	6,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,6	10,5	6,0	10,5	10,5	6,5	6,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	10,3	7,0	5,0	6,6	7,5	5,5	5,0
Volkseinkommen	6,0	7,5	6,0	7,4	7,5	5,5	6,5
Abschreibungen	6,3	7,5	9,0	6,8	8,0	9,0	9,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	11,1	7,5	4,5	5,7	9,0	5,5	4,0
Bruttosozialprodukt	6,5	7,5	6,5	7,1	7,5	6,0	6,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	627,5	694,5	732,5	330,1	364,5	347,5	385,0
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	359,6	379,5	399,5	186,7	193,0	196,0	203,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	461,4	495,5	527,5	239,4	256,0	256,5	271,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	21,1	24,5	26,0	12,2	12,5	13,0	13,0
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	43,4	49,5	53,5	24,0	25,0	26,0	27,5
Verfügbares Einkommen	1 383,8	1 495,5	1 580,0	720,0	775,5	760,5	819,5
Privater Verbrauch	1 211,3	1 295,0	1 379,5	621,4	674,0	662,0	717,0
Ersparnis	172,5	200,5	200,5	98,6	102,0	98,5	102,0
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,5	13,5	12,5	13,7	13,0	13,0	12,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1989	1990	1991	1990		1991	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,6	10,5	5,5	10,8	10,5	5,5	5,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	4,6	5,5	5,0	5,8	5,5	5,0	5,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	7,0	7,5	6,5	7,0	7,5	7,0	6,0
Verfügbares Einkommen	4,5	8,0	5,5	7,8	8,5	5,5	5,5
Privater Verbrauch	4,9	7,0	6,5	6,5	7,5	6,5	6,5
Ersparnis	1,8	16,0	0,0	16,9	15,5	-0,5	0,5

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁵⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	560,0	568,0	607,0	263,8	304,5	281,0	326,0
Sozialbeiträge	383,4	408,0	431,5	193,7	214,0	203,5	228,5
Erwerbseinkünfte	30,8	31,5	32,0	19,8	12,0	19,0	13,0
Sonstige laufende Übertragungen	24,6	24,5	25,5	11,7	13,0	12,5	13,0
Empfangene Vermögensübertragungen	6,5	7,5	7,5	3,5	4,0	3,5	4,0
Einnahmen insgesamt	1 005,3	1 039,5	1 103,5	492,5	547,0	519,5	584,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	419,0	443,0	466,5	205,5	237,5	216,5	250,0
Zinsen	60,4	63,5	72,0	32,8	30,5	37,0	35,0
Laufende Übertragungen an	451,3	470,0	499,5	229,2	240,5	243,5	256,5
Private Haushalte	362,3	380,5	401,5	187,7	193,0	197,0	204,5
Unternehmen	49,5	51,0	52,5	22,8	28,5	23,5	29,5
Ausland	39,5	38,0	45,5	18,7	19,5	23,0	22,5
Geleistete Vermögensübertragungen	32,3	81,5	105,5	14,9	66,5	52,5	53,0
Nettoinvestitionen	36,9	40,0	42,5	16,9	23,0	17,5	25,5
Ausgaben insgesamt	999,9	1 097,5	1 186,0	499,3	598,0	566,5	619,5
Finanzierungssaldo	5,5	-57,5	-82,5	-6,8	-51,0	-47,5	-35,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	9,2	1,5	7,0	0,1	2,5	6,5	7,0
Sozialbeiträge	4,6	6,5	6,0	6,8	6,0	5,0	6,5
Erwerbseinkünfte	57,2	3,0	1,0	1,9	4,5	-3,0	7,5
Sonstige laufende Übertragungen	-3,4	-0,5	4,0	2,4	-2,5	5,0	3,5
Empfangene Vermögensübertragungen	-3,3	14,5	0,0	23,9	7,0	2,5	-2,0
Einnahmen insgesamt	8,0	3,5	6,0	2,9	4,0	5,5	6,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	1,5	5,5	5,5	5,7	5,5	5,5	5,5
Zinsen	0,9	5,0	13,5	2,3	7,5	12,5	15,0
Laufende Übertragungen an	3,0	4,0	6,5	4,1	4,0	6,0	6,5
Private Haushalte	3,9	5,0	5,5	4,8	5,5	5,0	6,0
Unternehmen	-4,3	3,0	3,0	1,4	4,5	2,0	3,5
Ausland	5,2	-4,0	19,5	0,1	-7,5	23,0	16,5
Geleistete Vermögensübertragungen	1,8	152,0	29,5	9,9	254,5	252,5	-20,5
Nettoinvestitionen	8,4	8,5	6,5	8,0	9,5	2,0	9,5
Ausgaben insgesamt	2,4	9,5	8,0	4,9	14,0	13,5	3,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Soziale Leistungen nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge, Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1989 und erstes Halbjahr 1990 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1990). Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität durch die beteiligten Institute; zweites Halbjahr 1990 und das Jahr 1991 Prognose der beteiligten Institute. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Zur Berechnung einer Gesamtbilanz für die Bundesrepublik Deutschland

Mit der Vereinigung Deutschlands besteht stärker noch als zuvor die Notwendigkeit, vergleichbare Zahlen zur Verfügung zu haben, um die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den neuen Bundesländern beobachten und die wirtschaftliche Position der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der neuen Bundesländer messen zu können. Eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist dafür eine geeignete Datengrundlage.

So unterschiedlich wie die Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme waren auch die bisherigen Gesamtrechnungskonzepte (Ostdeutschland das MPS-System, Westdeutschland das SNA-System). Die in den beiden deutschen Staaten bisher berechneten gesamtwirtschaftlichen Größen sind auch nicht annähernd vergleichbar.

Das Statistische Bundesamt bemüht sich in Zusammenarbeit mit entsprechenden ostdeutschen Stellen, diesen Mißstand zu beheben¹. Bis zu einer Veröffentlichung — und dann auch zunächst nur der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Bruttosozialprodukts — wird aber noch einige Zeit vergehen.

Das DIW hat deshalb in einer empirisch gestützten Modellrechnung versucht, ein Gesamtrechnungssystem auf-

zubauen, das den Verhältnissen in Westdeutschland nahekommt. Mit diesem System wurde eine Schätzung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten für 1989 in der ehemaligen DDR vorgenommen. Diese Schätzungen liegen den hier vorgelegten Tabellen für Ostdeutschland zugrunde. Die Institute sind sich der vielfältigen Einwände bewußt, denen diese Schätzungen und die Prognose ausgesetzt sind, die sie für Ostdeutschland erstellt haben. Gleichwohl meinen sie, sich der Aufgabe nicht entziehen zu können, ein gesamtwirtschaftlich konsistentes Analyse- und Prognosesystem vorzulegen².

In die Berechnungen für 1990 sind die vom Statistischen Amt der DDR bisher veröffentlichten Daten über Produktion, Umsatz, Einkommen, Beschäftigung u.ä. eingegangen.

¹ Vgl. Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik; Heft 12 der Schriftenreihe, Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik. Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1990.

² Vgl. Zur Methode der Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die DDR. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/90, S. 342 — 343.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1990 und 1991

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991

1. Entstehung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen
a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige Stunden je Erwerbstätigen	2,5 -1,5	1,5 -0,5	- 9,5 - 5,5	-19,5 - 9,5	-0,5 -3,0	-3,5 -3,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) Produktivität ¹⁾	1,0 6,5	1,0 5,5	-14,5 - 1,5	-27,5 26,5	-3,5 8,5	-6,0 12,0
Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen	7,5	6,5	-16,0	- 8,0	5,0	5,5

b) 1000 Personen

Zahl der Erwerbstätigen	28 320	28 800	8 720	7 000	37 040	35 800
Arbeitslose	1 900	2 000	250	1 400	2 150	3 400
Arbeitslosenquote (in vH) 2)	7,0	7,0	3,0	17,5	6,0	9,5
Kurzarbeiter	60	80	830	1 750	890	1 830
Pendlersaldo	15	280	-120	-380	-105	-100

c) Veränderung gegenüber Vorjahr in 1000 Personen

Übersiedler (erwerbsfähige)	210	80	-210	- 80	0	0
-----------------------------	-----	----	------	------	---	---

2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 295,0	1 379,5	171,0	177,0	1 466,5	1 556,5
Staatsverbrauch	443,0	466,5	69,5	64,5	512,0	531,0
Anlageinvestitionen	517,5	571,5	63,0	75,0	580,5	646,5
Ausrüstungen	236,0	259,0	35,0	40,5	271,0	299,5
Bauten	281,5	312,5	28,5	34,5	309,5	347,0
Vorratsveränderung	24,0	25,5	- 9,0	- 9,5	15,0	16,0
Außenbeitrag	148,5	138,5	-51,0	-75,0	97,5	63,0
Ausfuhr	864,5	964,5	56,5	62,5	839,0	907,5
Einfuhr	716,0	826,0	107,5	137,5	742,0	844,0
Bruttosozialprodukt	2 428,0	2 581,0	243,5	232,0	2 672,0	2 812,5
nachrichtlich:						
Inlandsnachfrage	2 279,5	2 442,5	295,0	307,0	2 574,5	2 749,5
Leistungsbilanzsaldo (VGR)	109,5	93,0	-51,5	-76,5	58,0	16,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,0	6,5	7,5	3,5	7,0	6,0
Staatsverbrauch	5,5	5,5	3,0	-7,0	5,5	3,5
Anlageinvestitionen	13,0	10,5	-7,5	19,0	10,5	11,5
Ausrüstungen	13,5	9,5	-8,0	16,0	10,5	10,5
Bauten	12,0	11,0	-6,5	22,0	10,0	12,0
Ausfuhr	10,0	11,5	2,0	10,5	2,5	8,0
Einfuhr	11,0	15,5	55,5	28,0	8,0	14,0
Bruttosozialprodukt	7,5	6,5	-14,5	-5,0	5,0	5,5
nachrichtlich:						
Inlandsnachfrage	7,5	7,0	-1,5	4,0	6,5	7,0

3. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 260,5	1 339,5	141,5	143,0	1 402,0	1 482,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 018,5	1 085,0	122,0	122,0	1 140,5	1 207,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	694,5	732,5	101,0	97,5	795,5	830,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	620,5	656,5	52,5	24,5	673,0	681,0
Nettoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	536,5	569,5	39,5	9,5	576,0	579,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	439,0	461,5	19,0	9,5	458,5	471,0
Nichtentnommene Gewinne	97,0	108,0	20,5	0,0	117,5	108,0
Volkseinkommen	1 881,5	1 996,0	193,5	167,5	2 075,0	2 163,5
Abschreibungen	297,0	323,5	39,0	42,0	336,0	365,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	249,5	261,5	11,5	23,0	261,0	284,0
Bruttosozialprodukt	2 428,0	2 581,0	243,5	232,0	2 672,0	2 812,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,0	6,5	1,5	1,0	6,5	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,5	6,5	1,5	0,0	7,0	6,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,5	5,5	3,5	— 3,5	9,5	4,5
nachrichtlich:						
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	5,0	5,5	12,5	24,5	8,0	10,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	8,5	4,5	14,5	20,0	11,0	9,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-						
tätigkeit und Vermögen	8,0	5,5	—34,0	—53,5	3,0	1,0
Nettoeinkommen aus Unternehmer-						
tätigkeit und Vermögen	10,5	6,0	—37,5	—75,5	5,0	0,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	7,0	5,0	—41,5	—49,0	3,5	3,0
Volkseinkommen	7,5	6,0	—11,5	—13,5	5,5	4,5
Abschreibungen	7,5	9,0	4,5	7,5	7,0	9,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	7,5	4,5	.	.	—0,5	9,0
Bruttosozialprodukt	7,5	6,5	—14,5	— 5,0	5,0	5,5

4. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	694,5	732,5	101,0	97,5	795,5	830,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	471,0	501,5	26,0	19,5	496,5	521,0
Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	379,5	399,5	48,0	76,5	427,5	475,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁵⁾	49,5	53,5	3,5	3,5	52,5	57,0
Verfügbares Einkommen	1 495,5	1 580,0	171,5	189,5	1 667,0	1 769,5
Privater Verbrauch	1 295,0	1 379,5	171,0	177,0	1 466,5	1 556,5
Ersparnis	200,5	200,5	0,0	13,0	197,5	213,0
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,5	12,5	0,0	6,5	12,0	12,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	10,5	5,5	3,5	— 3,5	9,5	4,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	7,0	6,5	—29,5	—24,5	4,0	5,0
Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	5,5	5,0	17,5	58,5	7,0	11,0
Verfügbares Einkommen	8,0	5,5	0,0	10,5	7,0	6,0
Privater Verbrauch	7,0	6,5	7,5	3,5	7,0	6,0
Ersparnis	16,0	0,0	.	.	7,0	8,0

5. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁶⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen						
Steuern	568,0	607,0	40,0	46,5	608,5	653,5
Sozialbeiträge	408,0	431,5	47,5	55,0	455,5	486,5
Erwerbseinkünfte	31,5	32,0	0,0	0,0	32,0	32,0
Sonstige laufende Übertragungen	24,5	25,5	7,5	7,5	32,0	33,0
Empfangene Vermögensübertragungen	7,5	7,5	49,5	72,5	57,0	80,0
Einnahmen insgesamt	1 039,5	1 103,5	144,5	181,5	1 184,0	1 285,0
Ausgaben						
Staatsverbrauch	443,0	466,5	69,5	64,5	512,0	531,0
Zinsen	63,5	72,0	7,0	10,0	70,5	82,0
Laufende Übertragungen an	470,0	499,5	75,5	100,0	545,0	600,0
Private Haushalte	380,5	401,5	52,5	85,0	433,0	486,5
Unternehmen	51,0	52,5	23,0	15,0	74,0	67,5
Ausland	38,0	45,5	0,0	0,0	38,0	45,5
Geleistete Vermögensübertragungen	81,5	105,5	3,0	4,5	84,5	110,0
Nettoinvestitionen	40,0	42,5	3,5	10,0	43,5	52,5
Ausgaben insgesamt	1 097,5	1 186,0	158,0	189,5	1 255,5	1 375,5
Finanzierungssaldo	—57,5	—82,5	—13,5	—7,5	—71,5	—90,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen						
Steuern	1,5	7,0	— 9,5	15,5	0,5	7,5
Sozialbeiträge	6,5	6,0	11,0	16,0	7,0	7,0
Erwerbseinkünfte	3,0	1,0	.	.	3,0	1,0
Sonstige laufende Übertragungen	—0,5	4,0	—42,0	2,5	—14,5	4,0
Empfangene Vermögensübertragungen	14,5	0,0	.	.	661,0	40,0
Einnahmen insgesamt	3,5	6,0	43,5	25,5	7,0	8,5
Ausgaben						
Staatsverbrauch	5,5	5,5	3,0	— 7,0	5,5	3,5
Zinsen	5,0	13,5	70,5	43,0	9,0	16,5
Laufende Übertragungen an	4,0	6,5	71,0	33,0	10,0	10,0
Private Haushalte	5,0	5,5	31,5	63,0	5,5	12,5
Unternehmen	3,0	3,0	433,0	—35,0	37,5	—9,0
Ausland	—4,0	19,5	.	.	—3,5	20,0
Geleistete Vermögensübertragungen	152,0	29,5	.	.	161,5	30,0
Nettoinvestitionen	8,5	6,5	1,0	203,0	8,0	21,5
Ausgaben insgesamt	9,5	8,0	33,5	19,5	12,5	9,5

6. Finanzierungsmittel der Unternehmen

a) Mrd. DM

Fremdmittel	59,0	76,0	—10,0	10,0	49,0	86,5
Private Haushalte	174,0	175,5	2,0	14,0	176,0	189,5
Staat	—57,5	—82,5	—13,5	—7,5	—71,5	—90,5
Übrige Welt	—57,0	—16,5	1,5	4,0	—55,5	—13,0
Eigenmittel	425,5	460,5	55,5	39,5	481,0	499,5
Abschreibungen	280,5	305,5	33,0	36,0	313,5	341,5
Vermögensübertragungen	48,0	46,5	1,5	3,5	50,0	50,5
Nichtentnommene Gewinne	97,0	108,0	20,5	0,0	117,5	108,0
Bruttoinvestitionen	484,5	536,5	45,5	49,5	530,0	586,0
Anlageinvestitionen	460,5	511,0	54,0	59,0	515,0	570,0
Lagerveränderung	24,0	25,5	— 9,0	—9,5	15,0	16,0
Eigenmittel in vH der Bruttoinvestitionen (Selbstfinanzierungsquote)	88,0	86,0	122,0	79,5	90,5	85,5

b) Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr

Fremdmittel	7,0	17,0	—11,5	20,0	— 4,5	37,0
Private Haushalte	25,0	1,5	—10,5	12,0	15,0	13,5
Staat	—63,0	—25,0	4,0	6,0	—59,0	—19,0
Übrige Welt	45,0	40,5	—5,5	2,0	39,5	42,5
Eigenmittel	42,5	35,0	—7,0	—16,0	35,5	19,0
Abschreibungen	19,0	25,5	1,5	2,5	21,0	28,0
Vermögensübertragungen	1,5	—1,5	1,5	2,0	3,0	0,5
Nichtentnommene Gewinne	22,0	10,5	—10,5	—20,5	12,0	—10,0
Bruttoinvestitionen	49,5	52,0	—19,0	4,0	31,0	56,0
Anlageinvestitionen	55,0	50,5	— 5,5	5,0	49,5	55,0
Lagerveränderung	— 5,0	1,5	—13,5	— 0,5	—18,5	1,0

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Bezogen auf die Summe aus Beschäftigten und Arbeitslosen. — ³⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- bzw. öffentliche Schulden. — ⁴⁾ Soziale Leistungen nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge, Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁵⁾ Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ⁶⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: Prognose für Westdeutschland auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes für 1989 (Wirtschaft und Statistik Heft 9/1990). Prognose der beteiligten Institute für Ostdeutschland auf der Basis der Ergebnisse einer vom DIW für 1989 durchgeführten empirisch gestützten Modellrechnung. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necker-mann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten